

Die Institutionalisierung der Anarchie

Zur Demokratisierung der Hochschulen¹⁾

„An nescis, mi fili, quantilla prudentia regatur orbis“

Axel Oxenstjerna

I. Gefährlicher Optimismus

1. In unserer Öffentlichkeit hat sich in den letzten Monaten die Meinung verbreitet, daß die immer destruktiver werdende Unruhe der Studenten am wirksamsten durch eine rasche Hochschulreform bekämpft und beendet werden könnte. In diesem Sinne haben sich neben Journalisten immer wieder Politiker geäußert, so im Januar 1969 das Bundeskabinett selbst. Eine solche Ansicht muß auf den ersten Blick einleuchtend erscheinen, und man könnte ihr zustimmen, wenn hier mit Hochschulreform die Studienreform gemeint wäre. Jedoch weiß jeder Sachkenner, daß gerade die Studienreform allein aus Gründen der notwendigen finanziellen Aufwendungen und der Entwicklung eines qualifizierten Mittelbaus²⁾ für ihre Verwirklichung noch Jahre brauchen wird. So ist, wenn man in unserer Öffentlichkeit die unverzügliche Verwirklichung der Hochschulreform fordert, in erster Linie eine Verfassungsreform gemeint, die eine Demokratisierung der Universitäten verwirklichen soll, indem auch die Assistenten und Studenten eine maßgebliche Beteiligung an allen Gremien der Hochschulselbstverwaltung erhalten³⁾. Von einer solchen »Demokratisierung« erhofft man sich offenbar gleichzeitig eine günstige Wirkung auf die Erfüllung

¹⁾ Dieser Aufsatz ist der Vorabdruck eines Artikels, der im Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, hrsg. von Heinz Dietrich Ortlieb, Bruno Molitor und Werner Krone, 14. Jahr, J. C. B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen (1969), in der zweiten Jahreshälfte erscheinen wird. Er wurde, abgesehen von einigen Fußnoten und der Zusammenfassung im März 1969 verfaßt. Er knüpft an Gedanken an, die der Verfasser bereits in früheren Veröffentlichungen vertreten hat. Vgl. vor allem seine Schrift: Die mißverständene Revolte. Gesellschaftsreform, Hochschulreform und Studentenrevolte. In: Hamburger Hefte für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Nr. 2/3, Hamburg 1968. — Da das Jahrbuch, in dem die Abhandlung erscheint, auch eine Veröffentlichung der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg ist, legte der Mitherausgeber der Akademie auf folgende Feststellung wert: Die Wahrscheinlichkeit, daß die Demokratisierungsgesetze — wie in diesem Artikel dargelegt — an den Universitäten zu einer Herrschaft demagogischer, ihre eigenen sachfremden Ziele verfolgenden Studentenmanager führen werden, wächst mit der Größe der Hochschule und der Studentenzahl in den einzelnen Fachbereichen; an einer kleinen Fachhochschule ist diese Gefahr sehr gering, wenn überhaupt, vorhanden. Der Verfasser ist gern bereit, dies als seine persönliche Meinung zu bestätigen.

²⁾ Zum Mittelbau rechnen wir nicht die Assistenten, sondern alle selbständig arbeitenden Nicht-Ordinarien, die hauptberuflich Hochschullehrer sind, insbesondere jene wissenschaftlichen Räte und Oberräte, die in wachsendem Umfang für die akademische Berufsausbildung und die empirische Forschung verwendet werden sollen. Falls dieser Mittelbau allzu rasch ohne zureichend sorgfältige Auslese ausgeweitet würde, könnte sich die ganze Studienreform als Fehlschlag erweisen.

³⁾ Inzwischen ist dieses Vorhaben Gesetz geworden.

der eigentlichen Aufgaben der Hochschulen, die aus Forschung, Lehre und Berufsausbildung und nicht aus der Selbstverwaltung selbst bestehen.

In einem offenen Brief an den AStA der Universität Hamburg (Kurzinformationen der SPD-Bürgerschaftsfraktionen Nr. 92/1969 vom 4. 2. 1969) versucht diese Fraktion, Öl auf die unzufriedenen studentischen Gemüter zu gießen, indem sie sich von dem Gesetzentwurf ihrer eigenen Landesregierung distanziert und die Fortschrittlichkeit ihrer vorgenommenen Änderungen rühmt. Es heißt dort: „Im Gegensatz zum Senatsentwurf wird die SPD-Fraktion die überholte hierarchische Struktur des Lehrkörpers der Universität abschaffen. Die privilegierte Stellung des ordentlichen Professors wird beseitigt... Im Universitätskonzil... sollen 40 Studenten, 40 Professoren, 20 Assistenten, 20 Dozenten und 10 Vertreter der nicht-wissenschaftlichen Mitarbeiter vertreten sein.

Entgegen den Vorstellungen des Senatsentwurfs hat die SPD-Fraktion beschlossen, neben 8 Professoren je 4 Studenten, Assistenten und Dozenten (in den Akademischen Senat) zu delegieren... Die Universität wird künftig in Fachbereiche gegliedert. Den Fachbereichen werden Fachbereichsräte beigeordnet... Die SPD-Fraktion hat... vorgesehen, daß dem Fachbereichsrat... auf je 2 Professoren (höchstens 12) je ein Student, 1 Assistent und 1 Dozent (angehören sollen)... Die SPD-Fraktion (hat) die Institutsverfassung von Grund auf geändert. Künftig werden die Entscheidungen ausschließlich durch den Institutsrat gefällt. Dem Institutsrat gehören an... auf je 3 Professoren je 1 Student, 1 Assistent und 1 Dozent. Die Institution des Lehrstuhles entfällt.“³⁾

2. Was verleitet Journalisten und Politiker, aber auch manche andere im öffentlichen Leben stehende Persönlichkeiten (wie z. B. die APO-Professoren und manche Richter) zu so optimistischen Erwartungen? — Offenbar liegen diesen Erwartungen bestimmte Annahmen zugrunde, die sich merkwürdigerweise um so stärker verfestigen, je mehr die täglichen Erfahrungen mit den Unruhen eigentlich ihren illusionären Charakter erkennen lassen sollten.

Da ist *erstens* die irrtümliche Annahme, daß die Hauptursache des jugendlichen Zornes in den Verhältnissen an den Hochschulen zu suchen sei.

Da ist *zweitens* der Glaube, daß — wie unerfreulich auch die Form der studentischen Proteste: die Sprengung von Universitätsfeiern, die Verhinderung von Vorlesungen, die Besetzung und Demolierung von Rektoraten und Instituten auch sein mögen — der Protest selbst doch ein Zeichen fortschrittlichen politischen Engagements sei.

Da ist *drittens* die Entschuldigung, die Studenten hätten jahrelang vergeblich eine Reform im guten versucht; es wäre ihnen gar nichts anderes übrig geblieben, als zu Terrormethoden zu greifen.

Da ist *viertens* die Erwartung, daß Studenten genügend interessiert und erfahren seien, um an der Selbstverwaltung der Hochschulen in entscheidendem Umfang mitzuwirken und den »Machtmißbrauch« der Ordinarien zu verhindern.

Da ist *fünftens* die grundsätzliche Überzeugung, daß jede Übertragung sogenannter demokratischer Prinzipien — auf welche Institutionen und Körperschaften auch immer — daß jede Vermehrung der Selbstkontrolle ein gesellschaftlicher Fortschritt und damit ein besseres Funktionieren unserer Gesellschaftsordnung bedeutet.

3. Uns scheint ein solcher Optimismus mit seinen insgesamt unrealistischen Annahmen⁴⁾ ein existenzgefährdender Irrtum zu sein, nicht nur für unsere Hochschulen, sondern wahrscheinlich sogar für die Freiheitlichkeit unserer Gesellschaft überhaupt. Wer diesem Optimismus zuneigt, weiß entweder nichts von der Praxis der Hochschulselbstverwaltung und des Hochschulstudiums oder er hat unrealistische Vorstellungen von den am Hochschulleben Beteiligten, von ihren menschlichen Schwächen, ihren begrenzten Talenten und Interessen und den vielfältigen Aufgaben, die jeder an seinem Platz in Forschung und Lehre, in Berufsausbildung und Selbstverwaltung an der Hochschule zu erfüllen hat. — Wir glauben daher, einem solchen leichtfertigen Optimismus eine pessimistische, aber u. E. sehr viel realistischere Diagnose und Prognose entgegenstellen zu müssen. Wir werden dabei zu dem Ergebnis kommen, daß zu weitgehende Mitbestimmungsrechte der Studenten und Assistenten (vgl. Fußnote 25) höchstwahrscheinlich nicht zu einer Beruhigung, sondern zu einer Institutionalisierung der Unruhe an den Universitäten führen werden. Wer bezweifelt, daß diese Prognose durch die künftige Entwicklung bestätigt werden wird, sollte wenigstens die Möglichkeit zugeben, daß zu extremistische Verfassungsreformen nicht nur den Universitäten, sondern unserer freiheitlichen Gesellschaft überhaupt gefährlich werden können und daß daher die künftige Entwicklung der Reformen ständiger Kontrolle bedarf, ob der in dieser Abhandlung aufgezeigte Wirkungsmechanismus nicht doch so abläuft wie es hier vorausgesagt wird.

Sehen wir uns im folgenden die einzelnen Faktoren an, die eine so pessimistische Prognose rechtfertigen. Eine solche Analyse muß zunächst die einzelnen Gruppen, die an der Hochschulselbstverwaltung beteiligt sind, ihre besondere Lage und ihr aus dieser Situation zu erwartendes Verhalten ins Auge fassen.

⁴⁾ Weshalb diese Annahmen unrealistisch sind, darauf wird im folgenden noch näher einzugehen sein. Dem dritten Argument sei aber schon hier eine Feststellung von Wilhelm Hennis entgegengehalten: „Wäre es richtig, daß die Studentenvertretungen seit Jahren ihre Forderungen angemeldet, die Universitäten bloß gemauert hätten, so müßte jedermann Verständnis für diese gegenwärtige ‚Bewegung‘ haben. Sie wäre ‚rational‘ begründet. Wer hinter die lautstarken Behauptungen auf die Tatsachen zurückgeht, dem werden Zweifel kommen. Einen schnellen Überblick über die Beiträge zur Universitätsreform ermöglicht der von R. Neuhaus herausgegebene Sammelband ‚Dokumente zur Hochschulreform 1945–1959‘, Wiesbaden 1961. Ich glaube, es wird kaum einen ernstzunehmenden Studentenvertreter geben, der die dort zusammengestellten studentischen Äußerungen heute noch verteidigen möchte. An Problembewußtsein, Ernst, reformerischer Phantasie halten sie keinem Vergleich stand mit den professoralen blauen Gutachten von 1948 oder den Schwalbacher oder Hofgeismarer Empfehlungen. Erst mit der VDS-Denkschrift von 1962 (Studenten und die neue Universität), von Experten mit erarbeitet, die dem studentischen Alter längst erwachsen waren, wurde von seiten der organisierten Studentenschaft ein Plan vorgelegt, der mit Recht allgemeine Beachtung fand. Aber von ihren damaligen Positionen will die heutige Studentengeneration nichts mehr wissen . . .“ So W. Hennis: Die hochschulpolitischen Forderungen der ‚Neuen Linken‘, in: Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft, hrsg. von E. K. Scheuch, Köln, 1968, S. 136 f.

II. Die Studenten

4. Selbst wenn nur in einigen Gremien Drittelparität für die Studenten eingeführt wird, ist die Zahl der Studentenvertreter ziemlich groß, die sich für das Konzil und den Senat, für die Fakultäten, Abteilungen oder Fachbereiche, für diverse Ausschüsse, für die Institutsräte, für den AStA und das Studentenparlament zur Verfügung stellen müssen. Hat sich von jenen Politikern, die im Begriff sind, angeblich bessere Hochschulgesetze zu fabrizieren, jemand überhaupt schon darüber Gedanken gemacht⁵, wer dazu bereit sein wird? Aus welchen Gründen nimmt man eigentlich an, daß dies ein anderer Typus von Studentenvertretern sein wird, als ihn die bisherigen Agitatoren der Studentenunruhen darstellten, die eher eine Plattform für ihre Show-, Prestige- und Aggressionsbedürfnisse suchten, als daß sie an einer zeitraubenden sachlichen und sachgerechten Teilnahme an den manchmal recht mühselig zu lösenden und langweilig erscheinenden Detailfragen der Selbstverwaltung interessiert waren⁶). Die Erfahrungen der letzten Jahre sprechen dafür, daß auch nach einer Hochschulreform die Extremisten, wenn nicht ausschließlich, so doch von Zeit zu Zeit dominierend, in die studentischen Ämter strömen werden.

5. Dafür muß man allerdings begreifen, daß das im Vergleich zu früheren Jahrgängen angeblich stärkere politische Engagement der heutigen Studenten eine Illusion ist, welche die Unruhestifter selbst mit Hilfe der Presse und einiger Politiker und Professoren unserer Öffentlichkeit allmählich eingeredet haben. Die Jugendrevolte ist in Wirklichkeit kein Ausdruck eines echten Sachengagements⁷). Den Beweis dafür haben die vielen öffentlichen Diskussionen geliefert, die in den letzten Jahren mit Studenten veranstaltet worden sind und die sich dadurch auszeichneten, daß es in kaum einem Falle zu einem klärenden

⁵) Es ist zwar verständlich, daß das Eingespanntsein in das tägliche Entscheidenmüssen die persönliche Leistungskapazität der Politiker zu sehr in Anspruch nimmt, um noch ausreichende Kräfte für eine distanzierte, aber deshalb nicht weniger intensive Aufmerksamkeit für das zu lassen, was sich im Hintergrund des eigenen Erlebnishorizontes abspielt. Aber sollten sich demokratische Politiker nicht gerade dann ausreichende Energien dafür bewahren, wenn es darum geht, die Funktionsbedingungen unserer Demokratie zu sichern. Und gerade um eine so fundamentale Frage geht es bei der Reform unserer Hochschulen. Vgl. auch Textziffer 22 f.

⁶) Mit diesem Typus meinen wir nicht nur die agierten Mitglieder des SDS, sondern ebenfalls alle übrigen sich radikal gebärdenden studentischen „Führer“, die allzu leichtfertig die Mittel durch den Zweck heiligen ließen und dafür die Belohnung einhandelten, mindestens in der lokalen Öffentlichkeit genannt zu werden oder in ihren eigenen Gruppen als „tolle Kerle“ zu gelten.

⁷) Dafür liefert das von *Erwin K. Scheuch* herausgegebene Buch: *Die Wiedertäufer der Wohlstandsgesellschaft*, Köln 1968, überzeugende Argumente. Vgl. auch *Scheuch*, *Soziologische Aspekte der Unruhe unter den Studenten*, in: Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ vom 4.9.1968, S. 3 ff. sowie *Wilhelm Hennis*: *Die deutsche Unruhe*, in: *Merkur*, Februar 1969, S. 103 ff. und die in Fußnote 1) zitierte Schrift des Verfassers, dort insbes. S. 17 ff. und 34 ff.

Sachgespräch gekommen ist. Der SDS selbst hat ja auch nie bestritten, daß seine Absichten nur destruktiv, nicht konstruktiv sind und daß ihm die Hochschulreform selbst Hekuba ist. Selbstverständlich sind weder der SDS noch andere extremistische Gruppen identisch mit der Studentenschaft. Weshalb konnten aber diese Gruppen an den meisten Hochschulen immer wieder die Führung an sich reißen? Und weshalb konnten an konstruktiver Mitarbeit interessierte Studentengruppen sich ihnen gegenüber nicht durchsetzen?

6. Daß die antiparlamentarischen Gruppen einen Einfluß gewinnen konnten und von Zeit zu Zeit immer wieder gewinnen werden, der in keinem Verhältnis zu ihrem zahlenmäßigen Anteil an der Studentenschaft steht, liegt nicht an der rationalen Überzeugungskraft ihrer anarchistischen oder neomarxistischen Ideologien, die meist in einem kaum verständlichen Intellektual-chinesisch vorgetragen werden. Es liegt vielmehr an der irrationalen Anziehungskraft, die diese Ideologien auf die gleichgestimmte Mentalität unserer Jugendlichen und vieler älterer Intellektueller⁸⁾, nicht zuletzt vieler Theologen, Journalisten und Schriftsteller, auszuüben vermögen. Die Total- und Pauschalablehnung der bürgerlichen Gesellschaft im Zeitalter des sogenannten Spätkapitalismus, die Behauptung, daß dieses System bereits seinen Leistungsbeitrag erfüllt habe und daß man nun unter Beseitigung des Privateigentums an die Verteilung der Früchte gehen könne, daß die Zeit der Selbstbestimmung aller durch alle gekommen sei; die Überzeugung, daß dies wissenschaftlich beweisbar sei, wenn auch nicht durch eine Wissenschaft, wie sie die bürgerliche Gesellschaft verstehe⁹⁾; — dies alles entspricht nur allzu sehr den eigenen aggressiven Machtansprüchen einer sich für fortschrittlich haltenden, ungeduldigen Jugend, um von ihr, wenn nicht gleich geglaubt, so doch nur allzu gern gehört zu werden. Die ständige Wiederholung solcher Thesen — mögen sie auch noch so

⁸⁾ Es handelt sich hier um jenen weitverbreiteten rasonierenden, häufig nur halbgebildeten intellektuellen Typus, bei dem „Engagement“ gerade das Fehlen jeder sachlichen und sachgerechten Einstellung bedeutet. Dieser Typ unterscheidet sich gar nicht so sehr vom intellektuell unterentwickelten Stammtischstrategen. Die Schulung des Intellekts, die Fähigkeit zu abstrahieren und logisch zu argumentieren garantiert bei diesem Intellektuellen nämlich noch nicht, daß er fähig und willens ist, seinen Verstand je für konstruktive und praktikierbare Zwecke zu gebrauchen. So läuft wie beim Stammtischstrategen auch sein Rasonnement in der Regel darauf hinaus, daß er das, was ihm persönliche Aversionen, Ängste und Hoffnungen vorgaukeln, irrtümlich für das Ergebnis eines die Realität erfassenden intellektuellen Scharfsinnes nimmt.

⁹⁾ Über diesen Wissenschaftsbegriff schreibt Topitsch: „Der neue Wissenschaftsbegriff, der das Wertfreiheitsprinzip überwinden soll, wird von seinen Anhängern in solcher Unklarheit belassen, daß eine rationale Auseinandersetzung darüber ungemein schwierig, ja fast unmöglich ist. Man kann sich des Eindrucks kaum erwehren, als würde diese Unklarheit bewußt kultiviert, um die eigene Position jeder kritischen Kontrolle zu entziehen. Es wäre an der Zeit, daß eine derartige ‚Tintenfischstrategie‘ als Verweigerung rationaler Diskussion und als Eingeständnis der Niederlage allgemein durchschaut wird und gründlich in Verruf gerät.“ Ernst Topitsch: Die Freiheit der Wissenschaft und der politische Auftrag der Universität, Neuwied-Berlin 1968, S. 48.

verworren und absurd erscheinen — verstärkt die oppositionelle Grundstimmung nicht nur jugendlicher Intellektueller; und es ist nicht das erste Mal, daß von Enttäuschung und Unbehagen erfüllte Menschen nach dem Prinzip verfahren: *credo quia absurdum*. Diese Affinität zu anarchistischen Utopien eines verheißenden Schlaraffenlandes ist es, die bei vielen Leuten den Eindruck erweckt, als sei unsere Jugend politisch engagiert. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch lediglich um eine oppositionelle, leicht emotionalisierbare Grundstimmung gegen die ältere Generation und gegen die Pflichten und sonstigen Unbequemlichkeiten, welche das Erwachsenwerden nun einmal mit sich bringt. In dieser vagen, wenig artikulierten Ablehnung von Leistungsansprüchen, die an sie gestellt werden, kopiert die Studentenschaft jugendlich übersteigert Haltungen der saturierten älteren Generation¹⁰⁾, die in den Jahren des sogenannten deutschen Wirtschaftswunders begonnen hatte, es sich allzu bequem zu machen¹¹⁾. Dementsprechend verhält sie sich allen Ruhe und Ordnung störenden Aktionen gegenüber mindestens so lange wohlwollend neutral, wie ihre persönlichen Interessen nicht unmittelbar betroffen scheinen. Diese wohlwollen-

¹⁰⁾ George F. Kennan sagt mit Recht von dem radikalen Studenten von heute: „Er ist das getreue, aber — wie der Schatten an der Wand — ins Überdimensionale gesteigerte Abbild der Verwirrungen und Schwächen seiner Eltern, Lehrer, Arbeitgeber, Meinungsmacher und politischen Führer. Er kommt oft aus einer wohlhabenden, aber dennoch ungesicherten Familie. Er spürt bei seinen Eltern und auch bei sich selbst das Unbehagen materieller Über-sättigung ohne den ausgleichenden Einfluß einer inneren Sicherheit. Phantasie und Ängste, Hoffnungen und Wünsche — sie sind in übertriebenem Maße und sehr frühzeitig der Stimulierung durch die Produkte der kommerzialisierten Massenmedien ausgesetzt . . . Der Student ist ein Opfer des ungesunden Säkularismus dieser Gesellschaft, der entsetzlichen Oberflächlichkeit der religiösen, philosophischen und politischen Ideen, die sie durchdringen. Hinzu kommen seine Entfremdung von der Natur, seine Vertrautheit mit der Maschine und der Welt der Technik, sein Mangel an Verständnis für den langsamen, mächtigen Prozeß organischen Wachstums. Dies alles verursacht bei ihm eine Ungeduld und die Erwartung eines unmittelbaren Zusammenhangs zwischen Anreiz und Wirkung, die mit den Gegebenheiten seiner eigenen Entwicklung und als Individuum nicht übereinstimmen und noch weniger mit der Entwicklung der Gesellschaft.“

Als Ergebnis all dieser formenden Einflüsse leidet der junge Mensch im Studentenalter unter den Auswirkungen eines mangelnden Gleichgewichts in seinem emotionalen und intellektuellen Wachstum. In bestimmter Beziehung ist er früh- und überreif. In anderer wieder ist er wesentlich kindlicher als es die Studenten früher und unkomplizierterer Zeiten waren. Zwischen diesen Extremen der Über- und Unterentwicklung entsteht eine Spannung, die ihm akutes Unbehagen bereitet und deren Ursprünge seinem Bewußtsein größtenteils entgehen. Dies ist der Grund für seine Erregung, für seine Ängste, für seine Verwirrung. Er ist schlecht vorbereitet auf die Forderungen, die der mähliche Bildungsprozeß an seine Geduld unvermeidlich stellt. . . . Sein Elend wurzelt in der Gesellschaft, aus der er kommt und es kann nur durch die Sanierung eben dieser Gesellschaft behoben werden. Dieser Geisteszustand (der jungen Rebellen), dem der Ausgleich durch einen Sinn für Humor, dem die Selbstkritik fehlt, der mit dem Zorn gegen das politische System übersetzt ist und dem es — außer an der kindlichsten — dennoch an jeder Vorstellung mangelt, wie das System zu verbessern sei, dieser Geisteszustand nimmt die Form eines verbohrtten, pseudorevolutionären Nihilismus an — eines Nihilismus, der, im Augenblick jedenfalls, keine Gefahr ist, der aber das Klima auf dem Campus (der Universitäten) im allgemeinen verschlechtert, und der, wird er nicht im Zaum gehalten und gemäßigt, die Ansätze echten Unheils in sich trägt.“ Vgl. G. F. Kennan, *Rebellen ohne Programm*, Stuttgart 1968, S. 154.

¹¹⁾ Vgl. auch die anfangs zitierte Schrift des Verfassers, S. 28 ff.

de Neutralität schlägt sogar in empörte Parteinahme für die Unruhestifter um, wenn eine für die Ordnung verantwortliche Instanz es wagt, handgreifliche Terroraktionen energisch und mit genau so handgreiflichen Gegenmaßnahmen zu beantworten. In solchen Situationen ist das Solidaritätsgefühl der Studenten stärker als die Ablehnung destruktiver Aktionen und ihr Interesse an ermüdenden, weil diffizilen Überlegungen, ohne die dauerhafte konstruktive Maßnahmen nicht eingeleitet werden können.

7. Daß dieser Solidarisierungsprozeß sich in Zukunft nicht abschwächen, sondern mindestens erhalten wird, ist u. E. nicht zu bezweifeln¹²⁾, denn im Verlaufe der Tumulte in den letzten Jahren ist den Studenten das Unrechtsbewußtsein gegenüber Terrorhandlungen aus den eigenen Reihen weitgehend abhanden gekommen. Man hält es inzwischen für selbstverständlich, daß Studenten wie Jugendliche überhaupt Privat- und Staatseigentum demolieren und Verhandlungspartner nötigen dürfen, wenn die von ihnen gestellten Forderungen nicht sofort bewilligt und erfüllt werden. Schuld an dieser Entwicklung sind jene Rektoren und Professoren, die gewaltsam in ihre Amtsräume eindringende Studenten noch als Verhandlungspartner anerkannten sowie jene Richter, Journalisten und Politiker, die von Studenten ausgeübte Terrorhandlungen zu Mißgriffen vorbildlich engagierter junger Leute verniedlichten.

8. Wie gering das hochschulpolitische Engagement der Studenten über eine oppositionelle Grundstimmung hinaus in Wirklichkeit ist, mag überdies aus der geringen, meist unter 50 Prozent liegenden Beteiligung an Studentenwahlen entnommen werden. Wahrscheinlich trifft es zu, was kürzlich ein AStA-Sprecher der fünfziger Jahre behauptete: »Bei allen war (damals) das Engagement der Studentenschaft ungleich stärker als heute: auf Vollversammlungen sah man stets mehr als die Hälfte der Immatrikulierten, und die Wahlbeteiligung — zumindestens an den Berliner Universitäten — betrug in der Regel 70 bis 80, gelegentlich fast 90 Prozent. Ohne Zweifel hätte uns diese massive Majorität rasch auf den Boden der Wirklichkeit zurückgestoßen, hätten wir je versucht, einer gesellschaftspolitischen Chimäre nachzujagen; ein paar typische kriminelle Handlungen wie Einbruch und Aktenverbrennung und Nötigung als revolutionäre Bravourstückchen auszugeben, hätte uns mit Sicherheit das Vertrauen der Studentenschaft gekostet. Dabei standen wir links, weit links, meist in der Nähe des SDS, der sich damals durchaus demokratischen Spielregeln verpflichtet fühlte und noch nicht zur Sammellade für allerlei Anarcho-Theoretiker geworden war¹³⁾.«

¹²⁾ Daß dem so ist, zeigt die einheitliche Ablehnung, die jedes Ordnungsrecht bei der Studentenschaft findet, soweit es die Möglichkeit schaffen soll, ständige Ruhestörer von den Universitäten zu verweisen.

¹³⁾ So Hans Nerth „Noch einmal Student sein? — Gedanken am Ende eines unruhigen Semesters“, in: Die Welt vom 22. 2. 1969.

9. Daß es kaum möglich sein wird, vor und mit den heutigen »Kommilitonen« eine Gegenbewegung gegen die Störaktionen einer kleinen destruktiven Minderheit in Gang zu setzen, und überwiegend konstruktive Mitarbeiter in die Studentenvertretungen zu bringen, ist leicht zu erklären:

- a) Einmal ist eine kleine Gruppe aggressiver Studenten, die in der völligen Ablehnung des Bestehenden ihr Genüge findet und sich daher kaum durch Meinungsverschiedenheiten über konstruktive Ziele veruneinigen kann, leicht zu organisieren und in Aktion zu setzen, zumal sie mit Hilfe von Presse und Fernsehen nicht nur ihre Aggressions-, sondern auch ihre Prestigebedürfnisse befriedigen kann und somit durch fragwürdiges Verhalten eher persönliche Vorteile als Nachteile gewinnt.
- b) Hat eine solche destruktive Gruppe erst einmal mit Mitteln der Diffamierung eine Solidarisierung der Studentenmassen im Negativen erreicht, so ist es für sie kaum noch risikoreich, zu Terroraktionen aufzurufen und sie durchzuführen. Demgegenüber ist es für Studenten, die nicht damit einverstanden sind, daß der Zweck die Mittel heilige, sehr viel gefährlicher, gegen solche Terroristen anzugehen. Man solidarisiert sich dann um so lieber, weil dafür weniger Zivilcourage als für ein selbstkritisches Verhalten erforderlich ist.
- c) Solange die oppositionelle Grundstimmung der Studenten gegen Leistungsansprüche, die an sie gestellt werden, anhält, werden auch disziplinierte, sachlich eingestellte Studenten gegen die bestehende negative Solidarisierung nicht angehen können. Studenten, die sich gegen einen Machtmißbrauch ihrer Vertreter zu wehren versuchen, kämen dann immer in den Verdacht, ihrer eigenen Sache in den Rücken zu fallen und mit dem eigentlichen Gegner zu paktieren.
- d) Bleibt die Masse der Studenten, wie zu erwarten, sachlich uninteressiert, aber durch demagogische Methoden leicht emotionalisierbar, so werden bei ihnen konstruktive, auf Leistungseffizienz ausgerichtete Programme und sachliche Argumente, — weil viel zu kompliziert, nicht ausreichend aktivierend wirken.
- e) Da potentielle Studentenmanager des konstruktiven, sachorientierten Typus meist den Hauptzweck ihres Hochschulaufenthaltes in ihrem Fachstudium erblicken werden, wird sich aus dieser Gruppe um so weniger eine ausreichende Zahl von Studentenvertretern finden lassen, je größer der durch die neue Hochschulverfassung festgesetzte Bedarf an solchen Vertretern ist. Es ist überhaupt fraglich, ob sich aus dieser Gruppe noch jemand

bereitfinden wird, bei Studentenwahlen zu kandidieren, wenn erst einmal der demagogische Typus das Terrain beherrscht und jede sachliche Arbeit erschwert, wenn nicht gar unmöglich macht¹⁴).

10. Die »Sozialrevolutionäre« unter den Studenten werden, angetrieben von ideologischem und persönlichem Machtstreben, es dagegen immer reizvoll finden, sich um Managerposten im Hochschulbereich zu bemühen — zumal es nicht lange dauern wird, daß mit diesen Posten direkt oder indirekt Einkünfte verbunden sein werden. Weil für diese selbstgefälligen Typen in der Regel die Feststellung George F. Kennans¹⁵), daß sie »nicht nur nicht sehr viel studiert haben, sondern vermutlich auch gar nicht studieren wollen«, zutreffen wird, können sie sich um so ungehemmter ihren demagogischen Aufgaben widmen. Selbst wenn es ihnen nicht gelingen sollte, mit Hilfe ihrer Anhängerschaft sogar das Bestehen ihrer eigenen Examina zu erzwingen, werden sie die Chance haben, in neu entstehenden radikalen Parteien oder in einer möglicherweise radikalisierten SPD politisch Karriere zu machen, nachdem sie dank der Hilfe von Presse und Fernsehen als erfolgreiche Demagogen und Machtpolitiker in der Öffentlichkeit bekannt geworden sind. Solchen Leuten wird es nicht schwer fallen, die oppositionelle Grundstimmung ihrer Kommilitonen für ihre Zwecke auszunutzen. Sie werden in der Selbstverwaltungsarbeit der Hochschulen die Öffentlichkeit der Sitzungen und Versammlungen aller Gremien erzwingen, sofern dies nicht bereits in den neuen Hochschulgesetzen vorgesehen ist, — nicht um das Mißtrauen der Studenten abzubauen, sondern um es durch Verdächtigungen und unbeweisbare ideologische Unterstellungen zu schüren. Sie werden sich beliebt zu machen suchen, indem sie auf Kosten der Ausbildungsqualität die Leistungsansprüche, die an die Studenten gestellt werden, ständig vermindern (schon im letzten Jahr war nicht nur von solchen Studentenvertretern die Forderung zu hören, gleichzeitig ein Studentengehalt, eine nicht begrenzte Studienzeit und die Abschaffung aller Prüfungen vorzusehen). Und sie werden die Bestrafung randalierender studentischer Minderheiten mit allen Mitteln zu verhindern wissen, weil sie solche Minderheiten gelegentlich als persönliche Machtmittel brauchen, falls es ihnen nicht gelingt, sich nach der Inszenierung von Marathonsitzungen und Kampfabstimmungen in öffentli-

¹⁴) Die Berliner Erfahrungen haben bereits gezeigt, daß wenn die Verhältnisse erst einmal turbulent geworden sind, fast nur noch linksradikale Elemente bei Studentenwahlen kandidieren und dadurch eine Mehrheit unter den Studentenvertretern erreichen, die nicht dem Verhältnis der für sie abgegebenen Stimmen entspricht. Daß eine solche Situation zu einer weiteren Abnahme der Wahlbeteiligung führt, ist ohne weiteres begreiflich. — Auch der Gedanke, die Zahl der Studentenvertreter vom Umfang der Wahlbeteiligung abhängig zu machen, böte keine Lösung des Dilemmas. Abgesehen davon, daß er kaum realisierbar wäre, bliebe es mehr als zweifelhaft, ob er einen Weg zur stärkeren Wahlbeteiligung und besseren Auslese der Studentenvertreter weist.

¹⁵) George F. Kennan: a. a. O., S. 9.

chen Sitzungen und Versammlungen durchzusetzen¹⁶⁾). Wer sollte bei der Masse der heutigen Studenten mit solchen Absichten nicht Erfolg haben, nachdem ein Rechtsbewußtsein weitgehend verloren gegangen ist und eine derartige Solidarisierung zwischen den Studentenmassen und extremen Terroristen eingetreten ist, wie wir es im vergangenen Jahr erlebt haben und in diesem Jahr wieder erleben werden? Wer ernstlich geglaubt hat, er könne die Mittel durch den Zweck, eine vernünftige Hochschulreform endlich durchzusetzen, heiligen lassen wird, wenn es zu spät ist, einsehen müssen, daß sich jene »unheiligen« Mittel längst gegen ihren Zweck selbst gewandt haben.

11. Die Gefahr, daß die Demokratisierungsgesetze an den Universitäten zu einer Herrschaft demagogischer, ihre eigenen sachfremden Ziele verfolgenden Studentenmanager führen werden, ist nicht nur in der oppositionellen Grundstimmung der heutigen Jugend, die selbst nur wenig mit den bisherigen Verhältnissen an den Hochschulen zu tun hat, begründet. Eine wohl gleich wichtige Rolle spielt die Tatsache, daß Studenten in der Regel in ihrem Hochschulaufenthalt nur ein relativ kurzes Durchgangsstadium für ihre spätere berufliche Tätigkeit sehen. Sie sind daher an der Hochschule, ihrer Organisation und Verwaltung, nur so weit interessiert, als es um den Erfolg ihrer Ausbildung geht¹⁷⁾. Und ein solches begrenztes Interesse ist durchaus legitim. Selbst der politisch aktiv oder kontemplativ besonders interessierte Student wird, wenn er nicht von fragwürdigen politischen Ideologien angekränkt ist, von den Hochschulen Einführung in politisch relevante Sachprobleme erwarten. Will er sich schon selbst politisch betätigen, so ist ihm dazu außerhalb der Hochschulselbstverwaltung genügend Gelegenheit gegeben.

Die bisherige Erfahrung hat gelehrt, daß es von wenigen hochbegabten oder arbeitsmäßig außergewöhnlich belastbaren Ausnahmen abgesehen, niemandem gelingt, seine Aufgaben als Studentenvertreter sachgerecht wahrzunehmen, ohne mit seinem Fachstudium mehr oder weniger ins Hintertreffen zu geraten¹⁸⁾. Wer sich für studentische Ämter zur Verfügung stellt und ihre

¹⁶⁾ Sofern die neuen Hochschulgesetze sogenannte Experimentierklauseln enthalten, die z. B. offenlassen, wie weit man in den einzelnen Instituten mit der Beteiligung der Studenten an den Institutsräten gehen will, werden diese Klauseln ein beliebter Anlaß für Machtproben extremistischer Gruppen werden. Jene Politiker, welche diese Klauseln in die Gesetzentwürfe eingefügt haben, zeigen damit unmißverständlich, daß sie entweder selbst noch keine politische Erfahrung besitzen oder aus ihr nichts gelernt haben, – wenn nicht gar die Absicht dahinter steht, sich durch diese Klauseln ein Alibi zu verschaffen und den Hochschulen den Schwarzen Peter zuzuschieben, falls die praktische Durchführung der Reform mißglückt.

¹⁷⁾ Daß es den Studenten beim „Ausbildungserfolg“ zunächst weit mehr um die Erlangung eines „Berechtigungsscheines“ als um den Erwerb praktisch verwendbarer Fach- und Sachkenntnisse geht – von umfassender „geistiger Bildung“ gar nicht zu reden – ist dem Verfasser aus vielen Gesprächen in den letzten Jahren immer wieder deutlich geworden.

¹⁸⁾ Man führe hier nicht als Gegenargument jene Studentenführer an, die beide Aufgaben zu vereinigen wußten. Sie bildeten schon bisher die Ausnahme. Um wieviel mehr werden sie es tun, wenn sich die Zahl der erforderlichen Studentenvertreter vervielfachen wird.

Wahrnehmung ernst nimmt, gerät daher meist in die Gefahr, das Opfer einer mangelhaften Fachausbildung bringen zu müssen, was ihm persönlich niemals honoriert werden kann, — es sei denn, er landet in der zweifelhaften Laufbahn eines politischen Schwätzers und Demagogen. Auch entwickeln gerade solche Studenten, die mit ihrem Fachstudium nicht zurecht kommen und daher vor sich selbst und ihrer Umwelt eine Entschuldigung für ihr fachliches Versagen brauchen, nicht selten hochschulpolitische Ambitionen¹⁹⁾. Auch dieses spricht dafür, daß in den Studentenvertretungen jene Manager herrschen werden, die ihr Studium praktisch aufgegeben haben. Die anderen werden schon aus zeitökonomischen Gründen ihnen weitgehend das Feld überlassen müssen.

Es mag im Augenblick nicht als sehr wahrscheinlich erscheinen, daß sich an allen Hochschulen potente jugendliche Machtpolitiker mit zweifelhaften Ideologien in ausreichender Zahl finden werden, um die Herrschaft an sich reißen zu können. Man darf dabei aber nicht übersehen, daß — wie die Erfahrung gelehrt hat — die Zahl solcher Aktivisten gar nicht sehr groß zu sein braucht. Den erforderlichen Rest stellen die Mitläufer. Entscheidend wird sein, was sonst in unserer Gesellschaft geschieht und wie sich die Jugendrevolte infolge falschen oder richtigen Verhaltens der älteren Generation weiter entwickeln wird. Das gefährliche einer qualifizierten studentischen Mitbestimmung besteht darin, daß die Hochschulen durch sie offen werden gegenüber allen emotionalen Reaktionen, die von der Jugend ausgehen können^{19a)}. Und in dieser Hinsicht wird von der Jugend noch manches zu erwarten sein, ehe es unserer Wohlstandsgesellschaft, die auch sonst schon labil genug ist, gelernt hat, die Anpassungsneurosen ihrer jungen Leute in Grenzen zu halten und das Entstehen von Massenpsychosen tunlichst zu vermeiden. Bis man sich darüber klar geworden ist, was dafür zu geschehen hat²⁰⁾, sollte man den Studenten

¹⁹⁾ In diese Gefahr geraten besonders leicht die praktisch begabten und interessierten Studenten, die nicht aus Interesse für die Wissenschaft an die Universität gegangen sind, sondern weil heute nun einmal die akademische Ausbildung der Weg zu Führungspositionen ist. Wer von Natur aus dazu neigt, darauf zu sehen, wozu etwas nütze ist, wer die Welt nicht interpretieren, sondern verändern will, dem fällt es meist schwer, sich auf ein theoretisches Studium zu konzentrieren; er ist leicht verführbar, sich durch praktische Aufgaben — welcher Art auch immer — von dem eigentlichen Zweck seines Hochschulaufenthaltes ablenken zu lassen. Vgl. dazu auch die Fußnote 22).

^{19a)} Es ist durchaus möglich, daß es in den „demokratisierten Hochschulen“ je nach der zufälligen Zusammensetzung der jeweiligen Jahrgänge Perioden geben wird, die durch eine erträgliche bis erfreuliche Zusammenarbeit aller Beteiligten gekennzeichnet sind. Das wird dann voreilig als Erfolg der Verfassungsreformen gewertet werden. Besonders in den großen Universitäten werden aber solche „ruhigen Zeiten“ immer wieder von turbulenten Phasen abgelöst werden, und das meist in politischen Situationen, denen Unruhe wenig zuträglich sein wird. Letztlich würden solche Wechsellagen an unserer Prognose nicht viel ändern. Die „rationale Kontinuität“, die niemand mehr als die Wissenschaft braucht, gerade wenn sie ihren sich schnell wandelnden gesellschaftlichen Aufgaben gerecht werden soll — wäre auch dann gefährdet.

²⁰⁾ Darüber scheinen zur Zeit noch keinerlei klare Vorstellungen zu bestehen. Jedenfalls ist bisher noch kaum etwas darüber in die Öffentlichkeit gedrungen, was Psychologen und Psychiater zu dem Verhalten unserer Jugend zu sagen haben.

keine Macht geben, mit der sie im günstigsten Falle wenig anzufangen wissen und die sie ungünstigstenfalls mißbrauchen werden.

12. Welchen Sinn hat es überhaupt, Studenten, die sich nur wenige Jahre an der Hochschule aufhalten, maßgeblichen Einfluß in der Selbstverwaltung einzuräumen²¹⁾? Wenn sie die dafür erforderliche Hochschulerfahrung einigermaßen gewonnen haben, stehen sie in der Regel vor dem Examen und sind im Begriff, die Hochschule zu verlassen. Sollte die Studienreform für viele Zweige der Berufsausbildung zu einer Rationalisierung und dementsprechenden Verkürzung des Studiums auf drei Jahre führen — was sicherlich im Interesse der Studenten wünschenswert wäre²²⁾ — so wird für einen großen Teil der Studenten ein ausreichender Erfahrungsspielraum überhaupt nicht mehr gegeben sein.

Außerdem wird das Studium unter Ausnutzung der Semesterferien dann so komprimiert und die Lehrveranstaltungen der einzelnen Semester so aufeinander abgestimmt sein, daß sich aus solchen Studiengängen kaum noch ein Student, der seinen Studienverpflichtungen nachkommen will, für Ehrenämter zur Verfügung stellen kann. Auch darf nicht übersehen werden, daß Entscheidungen, die von Studentenvertretern herbeigeführt werden, in ihren Folgen meist nicht mehr diejenigen treffen, die für diese Entscheidungen verantwortlich waren, sondern spätere Jahrgänge. Unter solchen Umständen verführt Entscheidungsmacht unvermeidlich zu leichtfertigem Mißbrauch²³⁾. Student sein ist eben kein Beruf und keine Lebensaufgabe, sondern nur ein Durchgangsstadium.

²¹⁾ Mit dem gleichen Recht könnte man verlangen, daß Gastarbeiter in der Bundesrepublik ein aktives und passives Wahlrecht erhielten, sofern ein solcher Vergleich zwischen Staats- und Hochschulverfassung überhaupt sinnvoll wäre.

²²⁾ Dem jungen ungedulden Studenten, den es nach praktischer Betätigung und Verantwortung drängt, kann nicht dadurch geholfen werden, daß ihm diese praktische Betätigung und Verantwortung im Rahmen der Hochschulselbstverwaltung eröffnet wird, sondern am besten dadurch, daß er unter Vermeidung des vielen zeitraubenden Leerlaufs in der heutigen Universitätsausbildung möglichst bald aus der Hochschule in den Beruf entlassen wird. (Das schließt nicht aus, sondern verlangt als Ergänzung, daß die mehr theoretisch Begabten und Interessierten die Chance zu einem post graduate Studium, ggf. als Hilfsassistenten in Forschung und Lehre erhalten.) Dies wäre um so leichter möglich, wenn man in die akademische Berufsausbildung das sogenannte Sandwich-System einführt, d. h. nach einer möglichst kurzen Grundausbildung von 2 bis 3 Jahren den Hochschulabsolventen für einige Zeit in die Praxis entläßt, um ihm anschließend noch in einem oder mehreren Semestern eine ergänzende Spezialausbildung und noch später eine Fortbildung auf seinem Fachgebiet (Kontaktstudium) zu geben. Die Ignoranz der politischen Reformer offenbart sich vor allem darin, daß sie glaubten, mit der Reform der Hochschulverfassung vor der Studienreform beginnen zu können. Sie haben das Pferd beim Schwanz aufgezäumt. Das wird uns allen nicht nur finanziell teuer zu stehen kommen. — Vgl. dazu auch Fußnote 23 b).

²³⁾ Die Erfahrung gerade auch der letzten Jahre hat gelehrt, daß Studentenvertreter besonders wenig bereit sind, Beschlüsse und Standpunkte ihrer Vorgänger anzuerkennen, da bei jungen Menschen Eigenwilligkeit mit Selbständigkeit häufig verwechselt wird und daher auf jeden Fall als Vorzug gilt. Gerade dies wird auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit den Studentenvertretern, wie überhaupt die Verfolgung einer kontinuierlichen Verwaltungsarbeit erschweren, wenn nicht gar gelegentlich unmöglich machen.

Dort, wo ihre existenziellen Interessen liegen: beim jeweiligen Studienablauf, den Lehrveranstaltungen und Prüfungen, sollte man den Studenten ein gewisses Mitspracherecht und vor allem wirkungsvolle Beschwerdemöglichkeiten schaffen. Auch ist es durchaus sinnvoll, einige wenige Studentenvertreter aller fachlichen Richtungen an den Beratungen über alle Fragen der Hochschulen teilnehmen zu lassen^{23a)}. Darüber hinaus muß aber die Beteiligung der Studenten zu ihrer Überforderung führen.

III. Die Assistenten

13. Ein wenig anders als bei den Studenten scheint der Fall bei den Assistenten zu liegen, nicht nur, weil diese schon etwas mehr Hochschulerfahrung besitzen, sondern weil für einen mehr oder weniger großen Prozentsatz von ihnen die Assistentenzeit eine Vorbereitungszeit für den Hochschuldienst selbst darstellt. Immerhin handelt es sich aber auch bei ihnen um eine Vorbereitungszeit, d. h. noch um eine Lehrzeit. So gehen die Mitbestimmungsansprüche der Assistenten, ebenso wie die der Studenten im Grunde von einer Fiktion aus, nämlich von der unrealistischen Annahme, als spränge der vollendete junge Wissenschaftler aus dem ersten Staatsexamen oder sogar aus dem Abitur fix und fertig mit der gesamten Rüstung wissenschaftlicher Methodik und Erfahrung wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus^{23b)}. Jedoch ist gerade die wissenschaftliche Ausbildung nicht die kürzeste. So ist die Vorstellung, daß Studenten und Assistenten vor ihrer Promotion über Forschungs- und Lehrmethoden und Programme mitbestimmen sollen, absurd.

Wenn ein Assistent noch diejenigen Funktionen ausüben soll, die sein Name zum Ausdruck bringt, dann befindet er sich in einem Zwischenstadium zwischen Student und Dozent. Dann ist er eine Art von Dozentenlehrling, der einem selbständig tätigen erfahrenen Hochschullehrer oder Forscher Hilfsdien-

^{23a)} Wie vernünftigerweise ein Mitspracherecht der Studenten beschaffen sein sollte, darüber müßte sehr viel mehr gesagt werden als diese Andeutungen enthalten. Doch ist dies genau so wenig wie die Studienreform das Thema dieses Aufsatzes.

^{23b)} Die Vorschläge zur Studienreform, die neuerdings von den wirtschaftswissenschaftlichen Fachschaften an der Universität Hamburg gemacht worden sind, lassen dies deutlich erkennen: den ersten 6 Semestern, die überwiegend einer wissenschaftlich methodischen Ausbildung gewidmet sein sollen, haben 2 weitere Semester zu folgen, in denen die Studenten Gelegenheit erhalten, schon selbständig wissenschaftlich zu arbeiten. (Im Gegensatz dazu hatte vor einigen Jahren eine Rundfrage unter Hamburger Studenten ergeben, daß ihre Mehrheit eine praxisbezogene Berufsausbildung mit den dafür erforderlichen Faktenkenntnissen wünscht). Hier wirkt sich offenbar bereits die voreilige Verfassungsreform deformierend auf die nachfolgende Studienreform aus: Es liegt nämlich nicht im machtpolitischen Interesse der Studentenvertreter, eine praxisnahe akademische Berufsausbildung zu verlangen. Falls sie die Berechtigung ihrer Mitbestimmungsansprüche in Instituts- und Fachbereichsräten aufrecht erhalten wollen, müssen sie davon ausgehen können, daß die älteren Studenten in der Regel schon selbständig arbeitende Wissenschaftler im Taschenformat sind. Sollte die Studienreform auf solche naiv optimistischen Leitbilder ausgerichtet werden, so wird die Praxis mit der neuen akademischen Berufsausbildung noch weniger als mit der bisherigen anfangen können.

ste leistet und sich dabei unter dessen Aufsicht auf eine spätere selbständige Tätigkeit, die innerhalb oder außerhalb der Universität liegen kann, vorbereiten soll. Er kann daher noch keinesfalls die gleichen Mitbestimmungsrechte wie ein Mitglied des Mittelbaus erhalten. Für den Fall, daß er die Hochschullaufbahn einschlagen wird, sollte er auch Einblick in die Hochschulselbstverwaltung gewinnen können. Aber auch dabei stünde ihm eher die Rolle eines Erfüllungsgehilfen als die eines selbstverantwortlich handelnden Mitglieds des Lehrkörpers zu.

14. Räumt man in den neuen Hochschulgesetzen der Assistentenschaft maßgebliche Mitbestimmungsrechte ein, so besteht ähnlich wie bei der Studentenschaft die Gefahr, daß sie mehr dazu verwendet werden, sich der Leistungskontrolle ihrer Vorgesetzten zu entziehen als zu einer Leistungssteigerung der Hochschulen beizutragen. Wenn auch in abgeschwächter Form gelten für die Assistenten also die gleichen Einwände, die wir gegen die Mitbestimmung der Studentenvertreter angeführt haben.

Wichtiger als eine zahlenmäßig relevante Beteiligung an der Selbstverwaltung ist für diese Gruppe, daß die Assistentenzeit nicht länger als zwei, höchstens vier Jahre dauert und daß der Assistent danach entweder die Hochschule verläßt oder mit allen Rechten und Pflichten zu einem selbständigen Mitglied des Lehrkörpers wird, d. h. in den Mittelbau aufrückt²⁴⁾. Im Interesse aller Beteiligten sollte die Assistentenschaft scharf von dem Mittelbau unterschieden werden. Es ist bedauerlich, daß dies meist nicht geschieht und daß die Assistentenschaft in der Reformdiskussion gewöhnlich als eine Unterstufe des Mittelbaus mit eigenen Ansprüchen auf Dauerbeschäftigung und »Unkündbarkeiten« erscheint. Eine solche Tendenz gefährdet zwangsläufig eine zweckgerechte Auslese beim Mittelbau und damit die Studienreform, das wichtigste Teilstück der Hochschulreform.

IV. Die Professoren

15. Wenn wir eine »Qualifizierte Mitbestimmung«²⁵⁾ der Studenten und Assistenten als geradezu existenzgefährdend für die Hochschule ansehen, so

²⁴⁾ Gerade diese für die Assistenten wichtigste Forderung wird verständlicherweise von den Assistentenverbänden kaum erhoben, denen im eigenen Interesse wenig an einer möglichst kurzen Assistentenzeit liegen kann. Diese Verbandsvertreter möchten am liebsten auch aus der Assistentenzeit eine eigene Laufbahn machen, um ihre eigene Existenzberechtigung untermauern zu können. Dies ist ein besonders plastisches Beispiel dafür, wie ein Interessentenverband schon bei seinem Entstehen das Eigeninteresse über das Interesse der von ihm Vertretenen stellt. — Leider hat sich auf einen Protest der Assistentenverbände hin die Hamburger Bürgerschaft noch im letzten Augenblick dazu verleiten lassen, im neuen Universitätsgesetz die Grenze zwischen Assistenten- und Dozentenschaft völlig zu verwischen.

²⁵⁾ Eine qualifizierte Mitbestimmung, die das sachgerechte Funktionieren der Hochschulen gefährdet, würden wir in etwa als gegeben ansehen, wenn insgesamt mehr als 20 Prozent in den Selbstverwaltungsgremien auf Vertreter dieser beiden Gruppen entfielen.

bedeutet dies keineswegs, daß wir eine Reform der Hochschulverfassung für überflüssig halten. Nur sollte eine solche Reform von der mit der Studienreform sich verändernden Struktur des Lehrkörpers ausgehen und nicht von utopisch-demokratischen Ideologien her bestimmt sein. Es kann nicht geleugnet werden, daß die Kritik, die besonders in den letzten Jahren die Stellung und Macht der Ordinarien gefunden hat, zum guten Teil berechtigt ist, daß nämlich Professoren wie alle Menschen — vor allem wenn auch sie überfordert werden — bei ungenügender Kontrolle ihre Macht mißbrauchen, indem sie das Falsche tun oder unterlassen und damit ihre Aufgaben nicht erfüllen. Aber gerade wer während der Unruhe der letzten Jahre tagtäglich das auch menschliche Versagen vieler Ordinarien miterlebt hat, wird schwere Bedenken tragen müssen, sie dem Mitregiment von Studentenmanagern auszuliefern, die höchstwahrscheinlich mehr in persönlicher Machtpolitik machen als sachgerechte Hochschulverwaltung betreiben werden. Die Auswahl von Forschern und Lehrern kann nicht in erster Linie danach erfolgen, ob sie dem Interessenten- und Machtkampf, den die zu erwartenden Verfassungsreformen in den Hochschulen auslösen werden, gewachsen sind. Meist wird unvermeidlicherweise das Gegenteil der Fall sein.

16. Professoren sind ganz gewiß keine Halbgötter, die alle denkbaren Qualitäten in sich vereinen. Sie sind Menschen mit recht unterschiedlichen Qualitäten. Möglicherweise sind in kaum einer Berufsgruppe die Unterschiede hinsichtlich der geistigen und charakterlichen Eigenschaften so groß wie bei Wissenschaftlern. Wie wir bereits einmal dargelegt haben²⁶⁾, liegen die Gründe dafür weniger in den Unterschieden der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen als an der unterschiedlichen Wahrnehmung der Möglichkeit, sich mehr oder weniger der Spezialisierung zu ergeben. Genialität auf einem speziellen wissenschaftlichen Gebiet verführt leicht zu einer einseitigen Entwicklung der Gesamtpersönlichkeit. (Womit nicht gesagt sein soll, daß die Mehrzahl der Wissenschaftler über Spezialgenialität verfügt.) So können beim Wissenschaftler Kapazität und Niveau seiner Sachkenntnis und Urteilskraft auf dem speziellen Gebiet seiner Wissenschaft in diametralem Gegensatz zu seinem Verständnis für andere Fragen stehen. Für denjenigen Wissenschaftler, der sein Studierzimmer oder sein Laboratorium kaum verlassen muß und durch die Autonomie der Universitäten und die unzureichende Selbstkontrolle der Fakultäten gegen beunruhigende Ansprüche von außen abgeschirmt war, wird häufig das Goethewort zutreffen: »Es bildet ein Talent sich in der Stille, sich ein Charakter in dem Strom der Welt!« Nur sollte man nicht meinen, daß aus stillen Talenten plötzlich Charaktere werden, bloß weil man sie der Kontrolle prestigeseüchtiger Studentenmanager ausliefert, die sich im Intrigenkampf untereinander takti-

²⁶⁾ In der eingangs zitierten Schrift des Verfassers S. 54.

sche Raffinessen beigebracht haben, zu denen in der Regel die Wissenschaftler weder Zeit noch Talent haben²⁷⁾).

17. Schon die Erfahrungen der letzten Jahre haben deutlich werden lassen, daß Meinungsverschiedenheiten im Lehrkörper meist größer sind als unter machtbeflissenen Studentenmanagern, die zum Fenster hinausreden²⁸⁾. Nimmt man hinzu, daß bei Sitzungen und Versammlungen der Selbstverwaltungsgremien Professoren und Dozenten mit Rücksicht auf ihre anderen beruflichen Verpflichtungen häufiger als Studentenmanager fehlen werden, daß sie weniger Kräfte für Kampfabstimmungen und Marathonsitzungen frei haben, so wird deutlich, daß schon eine machtpolitisch qualifizierte Minderheit von Studenten- und Assistentenvertretern, wenn sie es bewußt darauf anlegt, den übrigen Lehrkörper leicht majorisieren kann. Diese Gefahr wird dann noch erheblich verstärkt, wenn diese Vertreter über die Stellenbesetzung mitzubestimmen haben. Da sich der Lehrkörper gerade in solchen Fällen häufig nicht einstimmig entscheidet, werden die Studentenvertreter zum Zünglein an der Waage, und für die Karriere der Dozenten und Professoren wird es wichtiger, daß sie den Studenten zum Munde reden als daß sie bei ihren künftigen Kollegen Anerkennung finden. Das wird ganz gewiß nicht geeignet sein, aus stillen Talenten Charaktere zu machen. Ganz im Gegenteil: wer noch Charakter besitzt, wird, so er kann, die Universität verlassen. Leider kann man Wilhelm Hennis nur zustimmen, wenn er feststellt: »Der Prozeß der feigen Anpassung der ‚entmachteten‘ Ordinarien an die neuen ‚Machthaber‘ ist im vollen Gange²⁹⁾!«

18. Die Irrationalisierung der Hochschulselbstverwaltung durch eine qualitativ fragwürdige und quantitativ zu starke Beteiligung von Studentenmanagern wird nicht nur korrumpierende Bequemlichkeitskompromisse für den Lehrkörper unvermeidlich werden lassen, auch die fachliche Qualifikation wird sich bei ihm, außer durch falsche Auslese des Nachwuchses, durch Abwanderung verschlechtern. Schon in den vergangenen Jahren führte die Konkurrenz praktischer Berufe dazu, daß in manchen Disziplinen viele der besten wissenschaftlichen Kräfte die westdeutschen Universitäten verließen, nicht nur weil eine

²⁸⁾ Im persönlichen Machtkampf mag unter diesen viel Uneinigkeit – auch im Hinblick auf die zu erledigenden Sachprobleme – bestehen; im Negativen, d. h. in ihrer Gegnerschaft zu demjenigen Teil des Lehrkörpers, der ihnen noch paroli zu bieten wagt, werden sie sich indessen immer schnell einig sein. Das verlangt schon die oppositionelle Grundstimmung unter der Studentenschaft, der die Studentenvertreter aus eigenem Interesse eine ständige Pflege angedeihen lassen werden.

²⁹⁾ *Wilhelm Hennis*: Die Hochschulreform wird die Universität zerstören, in: *Stuttgarter Zeitung* vom 12. 3. 69.

²⁷⁾ Selbstverständlich gibt es wie in allen Gruppen auch unter Professoren Intriganten. Nach langjähriger Beobachtung müssen wir aber feststellen, daß diese nur äußerst selten über Raffinesse verfügen.

Tätigkeit in der Praxis sich besser bezahlt machte, sondern in wachsendem Umfange auch, weil gerade verantwortungsbewußte Wissenschaftler sich durch Ansprüche, welche theoretische und empirische Forschung, Beratung der Praxis, Lehre aus der Forschung für die Wissenschaft, Berufsausbildung, sachgerechte Information der Öffentlichkeit über wissenschaftliche Fortschritte, Selbstverwaltung der Hochschule (und nicht selten auch noch Ehrenämter) sechs- bis siebenfach an sie stellen, überfordert fühlten. Diese Überforderung soll nun dadurch noch verstärkt werden, daß die Hochschulselbstverwaltung zum demokratischen Selbstzweck und zum Tummelplatz einer neuen Abart von Machtpolitikern entartet.

Machtmißbrauch ist häufig ein Symptom der Schwäche, ein Zeichen dafür, daß man mit einer Situation oder einer Aufgabe nicht fertig wird. Die Studentenrevolten haben uns dafür gerade plastische Beispiele geliefert. Das gilt aber auch für den Machtmißbrauch, soweit er in den letzten Jahren von den Ordinarien gepflegt worden ist. Im Zuge des fortschreitenden Prozesses der wissenschaftlichen Spezialisierung und des Massenstudiums wuchs der Aufgabenkranz der Ordinarien derartig an, daß diese ihm nur noch scheinbar gerecht werden konnten, indem sie bloß einen Teil ihrer Aufgaben mit der an sich notwendigen Intensität erfüllten. Der eine verzichtete auf eigene Forschung, der andere vernachlässigte seine Vorlesungen, der dritte kümmerte sich kaum noch um die Selbstverwaltungsgremien, und nur wenige nahmen überhaupt zur Kenntnis, daß Berufsausbildung etwas anders als »Lehre aus der Forschung« sein mußte³⁰⁾. Da Fakultäten hier kaum regulierend eingreifen konnten und wollten, blieb das konkrete Ergebnis der Aufgabenbewältigung von Universität zu Universität und von Disziplin zu Disziplin weitgehend dem Zufall überlassen. Eine Überwindung dieses Dilemmas war einmal solange nicht möglich, als die Autonomie der Ordinarien von diesen mit der Freiheit von Forschung und Lehre gleichgesetzt und zum Dogma erhoben wurde. Zum andern geriet als zweites Dogma das Prinzip »Lehre aus der Forschung« mit dem handfesten ökonomischen Interesse vieler Ordinarien in Konflikt, sich dem Massenzustrom von Studenten, die Berufsausbildung suchten, nicht hinderlich in den Weg zu stellen. Über beide Dogmen dachten die meisten Ordinarien nur oberflächlich nach, um dogmengläubig bleiben zu können. Die Folge war, daß sie die wachsende Überforderung nur vorsichtig beklagen, aber über konstruktive

³⁰⁾ Wenn man vielbeschäftigte Politiker auf diese Überforderung der Ordinarien aufmerksam macht, trifft man meist nur auf ein ironisches Achselzucken und den Hinweis, daß es ihnen (den Politikern) auch nicht besser geht. Offenbar machen sich solche Leute nicht klar, daß, selbst wenn echte persönliche Tüchtigkeit vorhanden ist, auch bei ihnen vieles im argen liegt und in den meisten Fällen auf das zu große Bukett von Aufgaben zurückzuführen ist, das sie sich selbst haben anlasten lassen. Auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens werden Reformen nur dann positive Wirkung haben, wenn durch sie diese Überforderungen durch bessere Funktions- und Arbeitsteilung und eine zweckentsprechende Delegation der Verantwortung abgebaut werden kann. Vgl. dazu auch R. Höhn in diesem Jahrbuch (1969).

Reformvorschläge untereinander keine Übereinstimmung erzielen konnten^{30a)}. Damit erwiesen auch sie sich als typische Kinder ihrer Zeit.

V. Der Mittelbau

19. Sofern die Berufsausbildung auch nur annähernd im bisherigen Umfang an unseren Hochschulen verbleibt³¹⁾ und sofern die empirische Forschung in wachsendem Umfang Entscheidungshilfen für die Praxis liefern soll, muß der »Lehr- und Forschungskörper« der Hochschulen sehr viel breiter und differenzierter angelegt werden als bisher. Ein Mittelbau ist als Ergänzung der Ordinarien dann unbedingt erforderlich; und man sollte auch von keinem Mitglied des Lehrkörpers mehr erwarten dürfen, daß er gleichzeitig alle Funktionen wahrnimmt, die bisher die Ordinarien zu erfüllen vorgaben. Nur bei einer ausreichenden Funktions- und Arbeitsteilung werden die Berufsausbildung neben der wissenschaftlichen Lehre und die empirische Forschung neben der wissenschaftlichen Theorie nicht mehr zu kurz kommen. Auch für die organisatorischen Aufgaben sollte man Mitglieder des Lehrkörpers nach Begabung und Interesse sich weitgehend spezialisieren lassen. Damit keine der Funktionen in Zukunft mehr vernachlässigt wird, müssen alle Funktionsträger im Rahmen der Selbstverwaltung gleichwertig sein; und damit sich nicht zwei Klassen im neustrukturierten Lehrkörper bilden, darf es trotz Beibehaltung eines gewissen hierarchischen Aufbaues nur eine wissenschaftliche Laufbahn geben, die vom wissenschaftlichen Rat bis zum Ordinarius reicht³²⁾. Dies muß nicht heißen, daß jeder, der diese Laufbahn einschlägt, auch Ordinarius werden kann; es braucht nur zu bedeuten, daß jedes Mitglied des Mittelbaus die Chance hat, aufgrund besonderer Leistungen in mindestens ein bis zwei der genannten

^{30a)} Sicherlich haben die Ordinarien damit eine schwere „Kollektivschuld“ auf sich geladen, deren Folgen nicht ausbleiben konnten. Nur ist es mit der Kollektivschuld so eine Sache. Wie soll man sich ihr rechtzeitig erwehren? Selbst wenn der einzelne aus dem „schuldigen Kollektiv“ unter Protest ausscheidet – sofern so etwas überhaupt möglich ist – kann sich dies nicht nur als nutzloses, sondern sogar als fragwürdiges Unterfangen herausstellen. Man entzieht sich der Verantwortung für die Probleme unserer modernen Zivilisation nicht dadurch, daß man in den Urwald flieht, wie es berühmte Leute schon versucht haben. Jedenfalls standen in den letzten 20 Jahren reformistisch gesonnene Ordinarien den hochschulpolitischen Versäumnissen genau so machtlos gegenüber, wie alle zu sachlicher Leistung bereiten Studenten in Zukunft den anarchistischen Mechanismus, den demokratische Reformen auslösen, nicht werden aufhalten können. Zu den Schwierigkeiten, eine Reform der Ordinarienuniversität durch die Ordinarien selbst herbeizuführen, vergleiche die eingangs zitierte Schrift des Verfassers, S. 52 ff.

³¹⁾ Vgl. dazu die in Fußnote 1 zitierte Schrift des Verfassers, S. 55 ff.

³²⁾ Gerade auch eine solche Vereinheitlichung der wissenschaftlichen Laufbahn wird allerdings problematisch, wenn nun ebenfalls die Mitglieder des Mittelbaus um ihrer Karriere willen um die Stimmen von Studenten und Assistentenvertretern werben müssen.

Funktionen auf einen Lehrstuhl berufen zu werden, dessen Inhaber besonders jene Funktionen wahrzunehmen hat³³⁾).

20. Billigt man diese Vorstellungen von der künftigen Struktur des Lehrkörpers — und man könnte sie u. E. nur ablehnen, wenn die totale Verweisung der Berufsausbildung von den Universitäten auf Akademien oder Fachhochschulen möglich gemacht würde —, so muß man jedem Mitglied des Mittelbaus auch zugestehen, daß er in allen Selbstverwaltungsgremien gleichberechtigt neben den Ordinarien sitzt bzw. eine absolut oder relativ gleich starke Vertretung in diesen Gremien hat. — Gerade dies wird aber bezeichnenderweise in den Reformplänen unterlassen^{33a)}. — Von einer »Ordinarienherrschaft« könnte dann nicht mehr gesprochen werden. Die »Autonomie der Hochschulen« läge dann in den Händen aller hauptberuflichen Lehr- und Forschungskräfte.

Sind wir jedoch auf dem richtigen Wege, wenn wir die Autonomie der Hochschulen nur auf einen größeren Personenkreis ausdehnen, sie in Art und Umfang mindestens erhalten, wenn nicht gar erweitern wollen, indem z. B. auch die Aufteilung der Haushaltsmittel den Hochschulen selbst überlassen wird? Oder haben gar jene Laien recht, denen von der verwirrenden Reformdiskussion nur eins deutlich zu werden schien, nämlich daß die Autonomie eine ‚heilige Kuh‘ ist, über deren Schlachtreife kein Zweifel mehr bestehen kann?

VI. Fetisch »Autonomie«

21. Es scheint, daß die »Autonomie der Hochschulen« tatsächlich Fetisch-Charakter angenommen hat. Dieses Wort spielt heute gleichzeitig in den Forderungen linksextremistischer Studenten wie erzkonservativer Professoren eine entscheidende Rolle, wenn auch beide Gruppen recht verschiedenartige Vorstellungen damit verbinden und von recht unterschiedlichen Interessen dabei geleitet werden. Daß Wissenschaftler in Forschung und Lehre frei sein müssen, nur der gegenseitigen Kritik unterworfen, ist sicherlich eine fundamentale Be-

³³⁾ „Der Gedanke liegt nahe, die Habilitation ganz abzuschaffen und an ihre Stelle eine verschärfte Überprüfung des Kandidaten bei einer Erstberufung auf einen Lehrstuhl zu setzen. Würde die Habilitation abgeschafft, dann gäbe es eine einheitliche wissenschaftliche Laufbahn... Es gäbe dann einerseits keine gescheiterten Habilitanden und andererseits keine qualifizierten Lehrer und Forscher, deren Karriere durch eine fehlende Habilitation zu frühzeitig beendet wäre.“ H.-D. Ortlieb, a. a. O., S. 58. Obwohl die Habilitation für konservative Ordinarien auch heute noch die Rolle eines Sakramentes (wie die Firmung für den Katholiken) spielt, wird die Habilitation auch dann an Bedeutung verlieren, wenn neue Hochschulgesetze dies nicht ausdrücklich vorsehen.

^{33a)} Nach dem Hamburger Gesetz entfällt in den Fachbereichsräten auf je 2 Professoren, in den Institutsräten auf je 3 Professoren je 1 Dozent, d. h. nicht mehr als auch der Gruppe der Assistenten und der Gruppe der Studenten zugebilligt wird.

dingung unserer freiheitlichen Gesellschaft. Daß diese Freiheit zum esotherischen Glasperlenspiel einer sich spezialisierenden Gelehrtenschaft, die von ihrer sozialen Umwelt wenig weiß und sich für sie kaum interessiert, mißbraucht werden kann, ist aber eine Erfahrung, die früher oder später Konsequenzen haben muß. Entweder unsere Gesellschaft leistet sich Universitäten als Einrichtungen einer zweckfreien Wissenschaft, gewissermaßen als »Enklaven des freien Geistes«, dann müssen die wissenschaftlichen Ausbildungs- und Entscheidungshilfen, welche die Gesellschaft in wachsendem Maße braucht, von Akademien und wissenschaftlichen Instituten außerhalb der Universitäten geleistet werden. Oder diese Hilfen werden nach wie vor von den Universitäten mit übernommen, dann müssen sie sich auch Anweisungen und Kontrollen gefallen lassen, soweit es um die Erfüllung dieser Aufgaben geht. Ausbildungs- und empirische Forschungsprogramme können nicht ausschließlich von den Wissenschaftlern selbst bestimmt und ihre Durchführung nicht nur von ihnen selbst kontrolliert werden, wenn auch gleichzeitig die Vertreter der Wissenschaft die Freiheit zu eigenen Forschungsprogrammen nicht zuletzt deswegen behalten müssen, damit sie sich ihrerseits kritisch mit ihren Auftraggebern, wie mit ihrer Umwelt überhaupt auseinandersetzen können. Das Lebenselement der Demokratie ist nicht — wie die Mitbestimmungsideologen meinen — Selbstkontrolle. Institutionen der Selbstkontrolle werden stets mißbraucht, wofür sich heute viele aktuelle Beispiele anführen ließen. Fremdkontrolle ist daher wichtiger. Im Falle der Hochschulen würde dies bedeuten, daß sie in ihrer Funktion der ständigen Kontrolle von dritter Seite, d. h. wenn nicht durch eine Behörde oder einen »Staatskommissar« dann durch ein besonders dafür zu schaffendes Gremium geeigneter Persönlichkeiten unterworfen ist³⁴⁾.

22. Das gesellschaftspolitische Problem, das sich aus der Autonomie des Lehrkörpers ergibt, kann daher erst recht nicht dadurch gelöst werden, daß die Autonomie auf Studenten und Assistenten ausgedehnt wird. Die Gefahr des Mißbrauchs wird dadurch nämlich nicht verkleinert, sondern vergrößert. Im günstigsten Fall würde das Ausbildungs- und Forschungssystem unrationeller, im ungünstigsten Falle würden emotionale Reaktionen auf eine unverständene Welt und sachfremde Ziele mit der Deformierung von Lehre und Forschung unsere freiheitliche Gesellschaft selbst gefährden.

Die linksradikalen Verfechter einer Studentenherrschaft haben ja auch gar nicht die Absicht, die Hochschullehrer zu kontrollieren und sie an ihre Pflichten zu erinnern, sie wollen vielmehr selbst die Macht in Forschung und Lehre ergreifen und über die Hochschulen die Gesellschaft nach ihren eigenen absurden Vorstellungen umgestalten. Man stelle sich vor, es gelänge ihnen, mit Hilfe der neuen Hochschulverfassung wachsenden Einfluß auf die Zusammensetzung des

künftigen Lehrkörpers und damit auf Forschung und Lehre zu gewinnen³⁵⁾, dann könnte sich daraus — um mit Habermas³⁶⁾ zu sprechen: »Eine neue und ernsthafte Perspektive für die Umwälzung tiefsitzender Gesellschaftsstrukturen« eröffnen. Es fragt sich nur, ob das zu einem guten Ende führen könnte.

Dies ist schon jetzt der Alptraum durchaus selbstkritischer und fortschrittlich gesonnener Professoren in Berlin und Frankfurt, und man sollte das nicht als ein bloßes Trauma abtun, das sich diese Leute aus den trüben Erfahrungen an jenen Universitäten zugezogen haben.

Dies ist schon jetzt der Alptraum durchaus selbstkritischer und fortschrittlich gesonnener Professoren in Berlin und Frankfurt, und man sollte das nicht als ein bloßes Trauma abtun, das sich diese Leute aus den trüben Erfahrungen an jenen Universitäten zugezogen haben.

23. Daß es sich hierbei um eine ernstzunehmende Gefahr handelt, sollte jedem deutlich werden, der sich daran erinnert, wie wenig Autorität unsere Politiker bisher zu gewinnen vermochten, nicht zuletzt weil sie Meinungsbefragungen und Straßenkrawalle als eine Art Horoskop ansahen, dem man keinesfalls zuwider handeln durfte. Diese Gefahr wird noch dadurch vervielfacht, daß die größte Macht in unserer Demokratie, die Presse, von Intellektuellen durchsetzt ist, die von den gleichen anarchistischen Ideologien wie unsere Studenten mehr oder weniger angekränkt sind. Und das gilt sogar für die Springer-Presse.

Die Presse ist in unserer Demokratie nicht nur der Spiegel des öffentlichen Bewußtseins. Da sie die öffentliche Meinung auch in entscheidendem Umfang zu formen vermag, übernimmt sie in unserer außengeleiteten Gesellschaft nicht selten die Rolle einer Art öffentlichen Gewissens, dem kaum jemand zu widersprechen wagt. Denn das Ansehen von Personen, die im öffentlichen Leben stehen, ist fast mit dem Bilde identisch, das die Presse von ihnen entwirft. So liegt bei ihr so viel Macht, daß Machtmißbrauch fast unvermeidlich wird. Die Freiheit der Presse wird dann allzu leicht aus seiner fundamentalen Voraussetzung eines freiheitlichen Gemeinwesens zu einer Ideologie des Tun- und Lassen-Könnens der Journalisten. Von dort ist der Schritt zu den anarchistischen Intentionen unserer Jugend nicht weit, zumal die Assoziation: »Jugend gleich Zukunft, Zukunft gleich Fortschritt« heute mindestens unbewußt jung und alt gleichermaßen beherrscht — was für Absurditäten dabei auch herauskom-

³⁵⁾ Dies würde allerdings eine andere Taktik verlangen als der ausschließlich destruktive Terror erkennen läßt, den der SDS zur Zeit (April 1969) in Frankfurt ausübt, wenn er die Einschreibung der Studenten und den Vorlesungsbetrieb zu verhindern sucht. Es ist aber sehr wohl möglich, wenn nicht sogar wahrscheinlich, daß der SDS seine Methoden ändert, sobald er erkennt, welche Chancen ihm die neuen Universitätsgesetze eröffnen oder daß andere studentische Organisationen mit anarchistischer Schlagseite jene Chancen in dem von uns ange deuteten Sinne wahrnehmen.

³⁶⁾ Jürgen Habermas, Die Scheinrevolution und ihre Kinder, in: Studenten in Opposition, Beiträge zur Soziologie der deutschen Hochschule, hrsg. von Horst Baier, Bielefeld 1968, S. 152.

men mögen³⁷⁾). Sonst wäre es nicht verständlich, daß unsere politische Führung ausgerechnet auf die Erfahrungen mit der Studentenrevolte hin das Wahlalter herabzusetzen beginnt. Auf jeden Fall hätte die Studentenrevolte ohne die überwiegend wohlwollende Darstellung und Interpretation durch die Presse und ohne die innere Unsicherheit der politischen Instanzen³⁸⁾ in den letzten Jahren nie die zweifelhafte Rolle in unserem öffentlichen Leben spielen können, die sie tatsächlich gespielt hat. Auch diese Erfahrung läßt die Chancen jener Linksextremisten, über eine Herrschaft der Studentenmanager unsere Gesellschaft zu revolutionieren, nicht gerade gering erscheinen.

24. Weshalb die »geistige Machtergreifung« durch Linksideologen in unseren Hochschulen für eine Anarchisierung unserer Gesellschaft relevant werden kann, ergibt sich aus der gesellschaftlichen Funktion der Wissenschaft. Einerseits ist die Wissenschaft der Hauptfaktor, der die ständige Veränderung unserer Gesellschaft bewirkt; andererseits ist man bei der Orientierung über jene Gesetze, nach denen die Welt, welche die Wissenschaft selbst hat machen helfen, funktioniert und sich wandelt, auf die Hilfe der Wissenschaft durch Lehre und empirische Forschung angewiesen. Die Wissenschaft hat ständig zu warnen, wenn Sachzusammenhänge nicht beachtet werden oder wenn Gesetzmäßigkeiten behauptet werden, die gar nicht existieren. Der Politiker und Ökonom kann in der Praxis seine Zielsetzung nur realisieren, wenn er die Sachgesetzmäßigkeit seiner immer komplizierter werdenden Umwelt kennt und in seiner Mittelwahl voll berücksichtigt. Andernfalls kommt er dahin, daß er Kräfte auslöst, die sich seiner Beherrschung entziehen, ja ihn eines Tages selbst zu beherrschen beginnen. Erhalten jetzt jugendlich spekulative Geister, die sich für alles verantwortlich fühlen³⁹⁾ und sich dabei durch besonders geringe kritische Di-

³⁷⁾ Dem entspricht auch die Argumentationskette: Man könne die Zukunft nur zusammen mit der Jugend meistern, man müsse sie daher gewinnen, also müsse man auf ihre Wünsche und Vorstellungen eingehen und, wo es irgend ginge, ihren Forderungen nachgeben. Dabei übersieht man zweierlei: Erstens, die Jugend ist kein unterdrücktes Proletariat, das von der übrigen Gesellschaft ab- und ausgeschlossen ist, sondern eine Altersklasse bzw. eine Entwicklungsphase, aus der jeder herauskommt, der nicht als ewiger Teenager in einer Trotzneurose verharret. Zweitens, sobald die ältere Generation es hinnimmt, mittels Terror genötigt und erpreßt zu werden, verschuldet sie bei der Jugend selbst das Mißverständnis, daß deren Forderungen voll und ganz berechtigt sind, provoziert dadurch weitere Forderungen und verliert schließlich ganz die Kontrolle über die gesellschaftliche Entwicklung.

³⁸⁾ Über die Unsicherheitsmotive unseres Establishment vgl. die eingangs zitierte Schrift des Verfassers S. 21 ff.

³⁹⁾ George F. Kennan weist (a. a. O., S. 131 ff.) mit Recht darauf hin, daß die Neigung der linksintellektuellen Rebellen, sich für alles verantwortlich zu fühlen, praktisch zu einer Verantwortung für nichts führt. Er schreibt: „Interessant sind die Vorstellungen darüber, wie diese Verantwortung auszuüben sei. Das erste Erfordernis ist augenscheinlich, daß man ‚sich äußert‘, sein Andersdenken ‚zu Protokoll gibt‘, ‚seinen Protest kundmacht‘, ‚sich weigert zu schweigen‘. Aber es ist deutlich, daß die, die diese Wendungen gebrauchen, mehr meinen als nur die normale Teilnahme des Andersdenkenden an öffentlichen Debatten. . . . Ihrer Ansicht nach sollte man sich demonstrativ mit anderen Menschen zusammenschließen. Man

stanz zu sich selbst auszeichnen, durch die Hochschulreform dominierenden Einfluß auf die Wissenschaft, so wird es unvermeidlich, daß besonders in den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften die realistische Analyse in zunehmendem Maße durch ideologisch spekulative Voreingenommenheiten deformiert werden wird. Die Konsequenzen mag sich jeder selbst ausmalen⁴⁰⁾.

VII. *Demokratismus contra Fachidiotie?*

25. Die Feststellung, daß die Studentenrebellion, die ihren Kristallisationspunkt in einem linksradikalen Anarchismus gefunden hat, eine irrationale Reaktion ist, die uns in die Irre führt, kann uns nicht daran hindern zuzugestehen, daß die Angriffe der Rebellen sich auf tatsächlich problematische Zustände in unserer Gesellschaft richten⁴¹⁾.

Einer der Haupteinwände gegen diese »Zustände«, den auch viele Mitläufer der linken Kritiker⁴²⁾ vorbringen, besteht in dem Vorwurf, die Herrschaft der Experten führe zum Abbau der Demokratie und mündet in die Forderung, dieser Gefahr durch eine ständige Ausweitung der Mitbestimmung aller Beteilig-

solle danach streben, die Leute in der Regierung in Furcht zu versetzen, nicht sie überzeugen. Vor allem sollte man sich weigern, seine normale Funktion im Leben zu erfüllen und alles tun, um andere von der Erfüllung ihrer Funktionen abzuhalten, bis die Regierung ‚zuhört‘ und tut, was man von ihr verlangt. – Nicht notwendigerweise das, was eine Mehrheit der Wähler im Lande wünschte, sondern das, was man selbst auf der Grundlage der eigenen moralischen Überzeugung für wünschenswert hält. Ohne das hat man seine Schuld nicht gestühnt, hat man weder sein Gewissen befreit noch ist man seiner Verantwortung nachgekommen.“ Dies wäre aber eine äußerst gefährliche Methode, wenn sie von den politischen Instanzen akzeptiert würde. Es hieße nämlich, die politisch Verantwortlichen der Verantwortung entheben und die Entscheidung verschiedenen partialen Volkswillen überlassen, wie sie sich aus emotionalen Gründen zufällig bilden.

⁴⁰⁾ Sie werden über eine Verbildung des Führungsnachwuchses und eine Deformierung der wissenschaftlichen Beratung der Praxis sowohl politisch wie wirtschaftlich früher oder später zu einer Katastrophe führen. Aber vielleicht brauchen wir von Zeit zu Zeit so etwas wie einen totalen Zusammenbruch, um wenigstens vorübergehend politisch zur Vernunft zu kommen.

⁴¹⁾ Der Verfasser hat sich in den letzten 20 Jahren immer wieder kritisch mit diesen Zuständen auseinandergesetzt. Vgl. in diesem Jahrbuch: Klassenkampf oder Sozialpartnerschaft?, 1. Jahr (1956), S. 56 ff.; Unsere Konsumgesellschaft – Glanz und Elend des deutschen Wirtschaftswunders, 4. Jahr (1959), S. 225 ff.; Vom Bildungswert sozialökonomischer Ordnungsprobleme, 5. Jahr (1960), S. 11 ff.; Die Legende vom Volkskapitalismus, zur Rolle des Privateigentums in unserer heutigen Wirtschaftsordnung und Wirtschaftsstruktur, 7. Jahr (1962), S. 11 ff.; Ausbildung von Spezialisten oder mittleren Führungskräften?, 9. Jahr (1964), S. 33 ff.; Freiheitlicher Sozialismus als Nonkonformismus, 10. Jahr (1965), S. 223 ff.; (zusammen mit Eduard Heimann) Die Ursprünge des Nazismus als zeitgeschichtliche Lehre für unsere Demokratie, 14. Jahr (1968), S. 11 ff.

⁴²⁾ Dazu gehört z. B. Hartmut von Hentig – wie sehr er sich auch von linken Utopien distanzieren mag. Vgl. seinen Aufsatz in „Die Zeit“ vom 28. 2. 1969: Im Sachverstand erstickt die Demokratie – wider den Priesterhochmut der Experten. Für diese und andere Äußerungen von Hentigs gilt das gleiche, was Topitsch über die „Tintenfischstrategie“ der spekulativen Wissenschaft schreibt. Sie tragen mehr zur Verunklärung als zur Klärung der Probleme bei. Vgl. Fußnote 9 in dieser Abhandlung.

ten zu begegnen. Die Frage ist nur, ob sich das Problem auf diese Weise ohne weiteres lösen läßt oder ob nicht die Eigenart unserer modernen dynamischen Gesellschaft und die derzeitige Mentalität der Beteiligten dies gerade ausschließt.

26. Spezialisierung und Verwissenschaftlichung sind die wichtigsten Kennzeichen dieser Gesellschaft⁴³). Sie haben eine Veränderung der sozialökonomischen Umwelt bei ständiger Beschleunigung des Wandlungstempos bewirkt.

Mit der Differenzierung und Komplizierung unserer arbeitsteiligen Gesellschaft wird es immer schwieriger, den ganzen Ablauf und Wandlungsprozeß zu durchschauen und eine zureichende Koordinierung der Teilhandlungen sicherzustellen. Diese Schwierigkeiten werden noch dadurch erhöht, daß mit der zunehmenden Sicherheit des materiellen Wohlstandes und mit der Zunahme der Freizeit Wünsche im Menschen freigesetzt werden, die schließlich vom Gemeinwesen mehr verlangen als es gerade wegen der eigenwilligen Ansprüche der meisten seiner Mitglieder zu leisten in der Lage ist.

Anders formuliert: je komplizierter die Ordnungsprobleme werden, desto wichtiger wird für ihre Lösung eine ausreichende Übereinstimmung der Staats- und Wirtschaftsbürger. Differieren die Meinungen zu sehr darüber, welche Ziele man verfolgen will und welche Mittel man dafür anwenden soll, dann unterbleibt vieles, was im Interesse aller das Wichtigste wäre, oder es werden Nebenwirkungen erzielt, die bald zu Hauptwirkungen werden, obwohl sie im Grunde keiner will. Aktuelle Symptome für die Zunahme der Zielkonflikte sind in der Wirtschaft die schleichende Inflation, in der Gesellschaft die vielen zunächst unterlassenen und dann immer strittiger werdenden Reformen, in der Politik die Unfähigkeit, bei den öffentlichen Ausgaben das Gießkannenprinzip aufzugeben und zu klaren Prioritäten zu kommen. — Das Anwachsen von Zielkonflikten ist u. E. die zentrale Frage unserer pluralistischen Gesellschaft, von deren zureichender Lösung ihre weitere Existenz abhängen wird.

27. Der für die Koordination erforderliche Konsensus der Staats- und Wirtschaftsbürger kann nämlich auf zweierlei Weise hergestellt werden, entweder indem die Staats- und Wirtschaftsbürger mehr oder weniger innerlich unteilhaft die Entscheidungen einer autoritären Regierung überlassen oder indem sie bei der Willensbildung mitwirken. Die erste ist die totalitäre Lösung, die zweite die demokratische. Nun hat langfristig die demokratische Lösung nur dann eine Chance, realisiert zu werden, wenn wir uns eines gefährlichen Irrtums bewußt werden. Dieser Irrtum besteht darin, daß die meisten von uns

⁴³) Wir haben in diesem Jahrbuch die Eigenart der modernen Gesellschaft und die Situation des Menschen in ihr schon verschiedentlich gekennzeichnet. So der Verfasser in: *Der Mensch in der Wirtschaftsordnung*, 2. Jahr (1957), S. 18 ff. und *Vom Bildungswert sozialökonomischer Ordnungsprobleme*, 5. Jahr (1960), S. 12.

Demokratie für das bequemere Ordnungssystem halten, daß sie die Freiheit, die dieses System uns läßt, für etwas Kostenloses und Selbstverständliches ansehen und daß sie dementsprechend diese Freiheit mit dem Recht auf ein beliebiges Verhalten gleichsetzen. Sie glauben, daß der individuellen Freiheit nur Gefahr vom Staate und seinen Organen und nicht auch von den Individuen selbst, von ihren Bequemlichkeiten und Freiheitsmißbräuchen drohen kann, und sie begreifen nicht, daß gerade in einer Demokratie individuelle Freiheit ausreichende Einsichten in das gesellschaftlich Notwendige erfordert und daß das Bemühen um solche Einsichten mehr Anstrengungen von allen verlangt, als daß es Bequemlichkeiten gestattet.

Der Hang zu Undiszipliniertheiten und Bequemlichkeiten scheint aber eine so dominierende Eigenschaft der Menschen zu sein, daß es bisher noch offen ist, ob sich dieser Hang durch ein geeignetes Bildungs- und Erziehungssystem so weit reduzieren läßt, wie es die Lebensbedingungen unserer modernen Demokratie verlangen, und ob sich das erforderliche Erziehungssystem in einer demokratischen und pluralistischen Gesellschaft überhaupt durchsetzen läßt. Vorläufig haben wir uns — und das gilt sowohl für die ältere wie für die jüngere Generation — noch nicht auf die Lebensbedingungen einer modernen Demokratie eingestellt. Noch dominieren völlig falsche Vorstellungen von dem, was an Freiheit in unserer Gesellschaft möglich ist, soll sie an Sicherheit und Wohlstand das gleiche oder noch mehr bieten als bisher. Noch sind wir unter der Nachwirkung der Erinnerung an autoritäre Systeme unfähig, einen Unterschied zwischen den Organen eines totalitären Staates und eines demokratischen Gemeinwesens zu machen. Da niemandem im Interesse eines solchen Gemeinwesens Nachteile oder auch nur Unbequemlichkeiten zugemutet werden dürfen, kommt es nicht zu dem notwendigen Konsens. Reformen unterbleiben oder werden nach dem Willen desjenigen durchgesetzt, der die rabiatesten Mittel anzuwenden bereit ist. Wenn er nur vorgibt, im Namen von Freiheit und Demokratie zu reden oder zu handeln, wird er unantastbar, auch wenn er durch sein Verhalten in Wirklichkeit beides gefährdet.

28. Die Aufgabe, zu einer ausreichenden Übereinstimmung zu gelangen, wird überdies dadurch erschwert, daß das in einer jeweiligen Lage gesellschaftlich Notwendige nicht eindeutig bestimmbar ist. Es ist gegenüber kurzfristigen Bequemlichkeiten stets als das Zukünftige und Fernerliegende nur undeutlich zu unterscheiden und mehr zu vermuten als für sicher auszumachen. Zu vielfältige Interessengegensätze pflegen dann virulent zu werden; und es wird unter ihrer Einwirkung Reformprogrammen leicht zum Schicksal, daß die Widerstände der benachteiligten Gruppen rascher und nachhaltiger wirksam werden als die Förderung durch diejenigen Gruppen, die Vorteile daraus ziehen. Liegen diese Vorteile bei der Gesamtheit und treffen sie den einzelnen deshalb nur mittelbar, so wirken sie sich bei der falsch verstandenen Freiheit in unserem

System des Lobbyismus und der Pressure-Groups gewöhnlich überhaupt nicht aus. Bei dem kurzfristigen Denken unserer Staats- und Wirtschaftsbürger und unserer Politiker ist es in unserer pluralistischen Gesellschaft eben schwer, wenn nicht gar unmöglich, selbst solche Reformen durchzusetzen, die letztlich allen oder doch der Mehrzahl aller Beteiligten erhebliche Vorteile verschaffen, wenn diese Reformen auch nur vorübergehend mit spürbaren Einbußen von Einkommen oder Macht oder auch nur von Bequemlichkeiten verbunden sind oder verbunden zu sein scheinen.

Selbst wenn man sich in den letzten Zielen einig ist — sofern man überhaupt klare Vorstellungen darüber hat — ist es in vielen Fällen nur ungefähr zu erkennen, wann früher oder später Zielkonflikte entstehen oder welche unmittelbaren oder mittelbaren Wirkungen bestimmte Maßnahmen bestehender oder geplanter Aktions- und Reformprogramme haben werden. Die Sache wird um so schwieriger, je umfassender solche Programme sind. Denn, da die sachverständige Urteilsfähigkeit der Menschen sich immer weiter spezialisiert hat, ist es immer problematischer geworden, aus wirklich sachverständig gebildeten Teilaspekten eine auf die soziale Wirklichkeit zutreffende Gesamtschau zu entwickeln. Und hier entsteht nun die Expertenherrschaft, die unsere jugendlichen Kritiker gern als Herrschaft der Fachidiotie bezeichnen.

29. Politische Entscheidungen sind stets recht komplexer Natur, besonders wenn es darum geht, zwischen den in Frage stehenden Zielen und Mitteln zu entscheiden, erwünschte und unerwünschte Nebenwirkungen geplanter Maßnahmen zu erkennen und auch die unvermeidlich machtpolitischen Konsequenzen in die Betrachtung einzubeziehen. Solche Entscheidungen werden auch durch die Hinzuziehung von Fachleuten dann nicht erleichtert, wenn die Fachleute nicht einer Meinung sind und der Politiker nicht zureichend erkennen kann, worauf die Meinungsverschiedenheiten beruhen. Das eigentliche Dilemma beginnt aber erst, wenn politische Instanzen die Fachleute verschiedener Sparten koordinieren müssen, wenn sie z. B. Prioritäten setzen und etwa entscheiden sollen, welcher von verschiedenen Notständen vordringlich beseitigt werden muß, weil seine Nah- und Fernwirkungen für das Gemeinwesen besonders gefährlich sind. Der Experte im landläufigen Sinne kann hier in der Regel nicht helfen, denn er ist kein Fachmann für die Zusammenschau⁴⁴⁾.

Handelt es sich aber um Leute, die sich für Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Gesamtordnung zuständig fühlen, so werden gerade sie sich meist besonders anfällig gegenüber ideologischen Voreingenommenheiten zeigen.

⁴⁴⁾ Selbstverständlich konnte erheblich mehr als bisher getan werden, um eine solche Zusammenschau zu erleichtern. Dafür wäre neben einer besseren und anderen Ausbildung von Politikern und Experten auch eine andere Organisation der Forschung erforderlich, als sie z. Z. vorherrschend ist. Vgl. auch die eingangs zitierte Schrift des Verfassers, S. 76.

Schließlich stellt sich der rationalen Urteilsbildung noch entgegen, daß Experten von der allgemein verbreiteten menschlichen Eigenschaft nicht frei sind, Interessen und andere emotionalisierende Voreingenommenheiten zu haben. Dies gilt besonders, wenn die zur Diskussion stehenden politischen Ziele und Maßnahmen ihre eigene Welt unmittelbar betreffen. Das ist vielleicht der bedeutsamste Grund, weshalb z. B. weder Professoren noch Studenten in der Lage sind, vernünftige Vorschläge für eine Hochschulreform⁴⁵⁾ zu machen, weshalb Ärzte nicht imstande sind, eine Neuordnung des Medizinalwesens in Angriff zu nehmen und weshalb die Reorganisation unseres föderativen Regierungs- und Verwaltungssystems so schwierig ist.

30. Die Lösung aller dieser Schwierigkeiten in der rationalen Urteilsbildung für politische Entscheidungen kann sicherlich nicht darin bestehen, daß man den gordischen Knoten durchhaut und nun durch Erweiterung der Mitbestimmung den meist emotionalen Spontaneitäten der von jeder Sachkenntnis ungetrübten Laien überläßt, in welcher Richtung entschieden werden soll. Ganz besonders ungeeignet, delphisches Orakel zu spielen, sind jugendliche Gemüter, die noch keinerlei Distanz zu ihrem eigenen Wunschdenken besitzen und für das Leben in unserer Gesellschaft überhaupt nicht oder falsch ausgebildet und erzogen worden sind. Intellektuelle Schulung, soweit vorhanden, ersetzt weder Erfahrung noch Charakter. Gerade für junge Intellektuelle gilt im verstärkten Maße, was kritisch über Professoren und Intellektuelle gesagt worden ist⁴⁶⁾. Deswegen wäre es richtiger, das Wahlalter herauf und nicht herabzusetzen und ein Mitspracherecht der Studenten in kontrollierbarem Umfang zu halten, mindestens so lange, bis unser Bildungs- und Erziehungssystem den Erfordernissen unserer demokratischen Gesellschaft gerecht zu werden vermag.

31. Die Aufgaben einer solchen Bildung und Erziehung haben wir bereits bei anderen Gelegenheiten wie folgt näher zu umschreiben versucht: „Um den Nachweis des Bildungswertes politischer und sozialökonomischer Stoffgebiete führen zu können, bedarf es keines neuen Bildungsbegriffes. Man kann durchaus an dem anknüpfen, was auch bisher schon unter echter Menschenbildung verstanden wurde. Solche Bildung heißt doch nicht bloß Anreicherung eines konventionell oder auch unkonventionell festgelegten Wissens und Entwicklung intellektueller Fähigkeiten. Bildung heißt doch vor allem auch Erziehung zu sachlicher Haltung, zur kritischen Urteilsfähigkeit, zur Fähigkeit, sich gleichfalls in einen Stoff vertiefen und von ihm distanzieren zu können, sich bewußt zu werden, auf welchen Voraussetzungen ein Urteil beruht und unter welchen es allein Gültigkeit haben kann, und vor allem: Bildung ist geknüpft an die Fähigkeit, sich liebgewordener, aber fragwürdiger Voreingenommenheiten zu enthalten.

Gerade die sachliche Urteilsfindung über wirtschaftliche und soziale Fragen verlangt eine emotionale Askese, die ihresgleichen sucht; sie bildet nicht nur den Intellekt, sondern auch den Charakter. Sie verlangt Begeisterung an überpersönlichen Aufgaben und Zielsetzungen ohne Fanatismus, Mut zu eigenem Urteil und persönlicher Entscheidung, aber auch vorurteilslose Aufnahmebereitschaft für andere Standpunkte. Sie verlangt Wissen um die Gren-

⁴⁵⁾ Das besagt allerdings noch nicht, daß die Kritik aller Betroffenen an einem neuen Hochschulgesetz ein Beweis für seine Optimalität oder wenigstens für seine Brauchbarkeit ist. Eine solche Schlußfolgerung – wie sie in diesen Tagen bei der Verteidigung des Hamburger Universitätsgesetz laut wurde – wäre mehr als leichtfertig.

⁴⁶⁾ Vgl. Textziffer 16 und Fußnote 7) in dieser Abhandlung.

zen der menschlichen Urteilsfähigkeit, die gerade im sozialökonomischen und politischen Bereich wegen der schwer richtig einzuschätzenden Voraussetzungen eng gezogen sind. Und sie verlangt gleichzeitig immer wieder das Wissen um die Unvermeidbarkeit, urteilen zu müssen. – Wer solche Fähigkeiten entwickelt, der darf sich, scheint uns, mit Recht „gebildet“ nennen, auch wenn sein Stoffwissen Stückwerk ist und er nicht gelernt hat, seine Reden mit schöngestigen Bildern zu schmücken.

Und was ist wichtiger als die Erziehung zu solcher Haltung in einer Zeit, in der man um öffentliche Dinge sich entweder gar nicht kümmert oder über sie immer noch allzugern in Schablonen denkt, in Vorstellungen, die aus dem 19. Jahrhundert stammen und unserer sozialen Wirklichkeit immer weniger entsprechen. Die Unübersichtlichkeit unseres politischen und sozialen Lebens verführt nur allzu leicht dazu, immer wieder auf solche Schablonen zurückzugreifen – mögen sie nun Plan- oder Marktwirtschaft, Kollektivismus oder Kapitalismus, Wohlfahrtsstaat oder freie Unternehmerwirtschaft heißen. Die gegensätzlichen und unvereinbaren Qualitäten, mit denen diese Schablonen ausgestattet werden, müssen denjenigen, der sie ernst nimmt, verwirren bis zur völligen Ausweglosigkeit und ihn dem politischen Leben entfremden. Wer aber klüger und unbedenklicher zum Opportunismus neigt, für den werden sie willkommene Instrumente einer ideologischen Verschleierung seines persönlichen Machtstrebens. So scheint es höchste Zeit zu sein, daß sich unsere Bildungseinrichtungen dieser Fragen und dieses Stoffes endlich annehmen, so groß die Anforderungen auch sein mögen, die eine solche Aufgabe an den Pädagogen stellt, und so schwer es sein mag, schon heute dafür geeignete Pädagogen zu finden.“⁴⁷⁾

32. Wir haben dieses Zitat hier in aller Ausführlichkeit gebracht, weil es plastisch umschreibt, wie Mentalität und Umgangsstil der Menschen aussehen müssen, wenn in unserer immer komplizierter und unübersichtlicher werden Welt die Existenzfähigkeit einer pluralistischen Gesellschaft gesichert werden soll. Nur wenn unser Bildungs- und Erziehungssystem ausreichende Wirkung in Richtung auf dieses Leitbild hin zu erzielen in der Lage ist, kann ein positiver Zirkel auf allen Gebieten unseres öffentlichen Lebens in Gang gesetzt werden, der einen ausreichenden Konsensus bei gleichzeitiger Ausdehnung der Mitbestimmung möglich macht. Nur dann ist ein Reintegrationsprozeß zum Ausgleich von Spezialisierung und sozialem Zerfall möglich. Nur dann besteht Aussicht, daß die informative und konstruktiv kritische Funktion unserer Kommunikationsmittel aktiviert werden kann, daß Presse, Rundfunk und Fernsehen stärker als bisher nicht Verwirrung, sondern Klarheit stiften und nicht das Gefühl, sondern die Vernunft pflegen. Nur dann besteht eine Chance,

⁴⁷⁾ „Die Überzeugung, daß die politische Bildung, das Verständnis für wirtschaftliche und soziale Zusammenhänge und Notwendigkeiten aus Randgebieten in das Zentrum unseres Bildungssystems und unserer Erziehungsziele gestellt werden muß, befreit einen noch nicht von dem Zweifel, ob ein solches Ziel gegen alle Hindernisse, die sich ihm bei uns entgegenstellen, überhaupt zu verwirklichen ist. – Da sind zunächst die konservativen (um nicht zu sagen reaktionären) Geister, die unseren pädagogischen Raum weitgehend noch zu beherrschen scheinen. Ihre ‚ethische‘ Neigung, die Jugend in einer ‚Welt hoher Ideale‘ nach altbewährtem Muster von der Wirklichkeit zu isolieren und damit realitätsblind zu machen, verführt diese Pädagogen allzu leicht dazu, in der Ökonomie etwas Banausisches und in der Politik sogar etwas schlechthin Unmoralisches zu sehen. Und selbst wenn man solche Voreingenommenheiten abzubauen vermag, bleibt die Gefahr bestehen, daß unsere politischen Bildungsbemühungen in falsche Bahnen geraten, wenn jene ‚ethische‘ Grundhaltung sich auf den politischen Unterricht überträgt. Sie führt dort dann zu einer Schwarz-Weiß-Malerei (z. B. bei der Behandlung des Nationalsozialismus oder des Kommunismus) und ist gerade nicht geeignet, zu einer echten Urteilsfähigkeit zu erziehen.“ Wirtschafts- und Sozialpolitik, Modellanalysen politischer Probleme, hrsg. von H.-D. Ortlieb und F.-W. Dörge, Opladen 1964, S. 17 f.

daß durch eine entsprechende Führungsauslese diejenigen politischen Elemente gestärkt werden, die bereit und fähig sind, über persönliche Machtpolitik und Parteidisziplin nicht die Sachnotwendigkeiten zu vergessen.

Wie eine solche Bewegung in Gang gesetzt werden kann, ist auch heute wieder einmal die große Preisfrage. Nur eines ist sicher: die Jugendrevolte läßt keine Ansätze erkennen, einen solchen Reintegrationsprozeß in Gang zu setzen. Diese Rebellion ist nicht die schöpferische Antwort auf eine Notlage, in die uns das Versagen der älteren Generation und der Entwicklungstrend unserer dynamischen Gesellschaft gebracht haben. Sie besteht vielmehr aus den utopischen Forderungen der Kinder, die Freiheitsrechte, die sie von ihren Eltern mißbraucht sehen, selbst möglichst früh und noch stärker als jene mißbrauchen zu dürfen. Die einzige Chance, die erkennbar ist, besteht nicht darin, diesen Forderungen nachzugeben, sondern aus den erschreckenden Reaktionen der Kinder die eigenen Fehler und Irrtümer zu begreifen und zu tun, was man bisher aus Bequemlichkeit und aus mangelndem Interesse an der sozialen Umwelt versäumt hat⁴⁸⁾.

Um die Aufgaben, die unsere Zeit uns stellt, zu lösen, »dazu bedarf es weit mehr als bloßer Visionen oder Wunschbilder. Es ist leicht, von einer ‚befriedeten Gesellschaft‘ oder einem ‚neuen Menschen‘ zu träumen, zumal wenn man sich keine Rechenschaft darüber ablegt, welche Erfahrungen bisher mit solchen Gedankengängen gemacht wurden. Es ist dagegen schwer, konkrete praktische Maßnahmen zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen zu erdenken und durchzuführen. Kulturkritische Klagelieder helfen uns nicht, die Dynamik der wissenschaftlich-industriellen Revolution so zu kanalisieren, daß das Glücksverlangen möglichst vieler Menschen befriedigt oder zumindest nicht in schwerwiegender Weise frustriert wird. Eine unterschiedlose Verurteilung der Institutionen übersieht die fundamentale Tatsache, daß gerade die Freiheit der institutionellen Sicherung am notwendigsten bedarf. Eine chiliaistische Kathederprophetie wird aber vollends nur fanatische Sekten schaffen, welche die Meinungen Andersdenkender nicht respektieren, sondern — wo sie zur Macht kommen — rücksichtslos unterdrücken. Vor einem solchen Hintergrund wird die politische Funktion, welche die Universität als Pflegestätte wertfreier Wissenschaft in einer demokratischen Gesellschaft ausüben kann, deutlich erkennbar — nämlich als Raum institutionell geschützter Freiheit empirisch-rationaler Wahrheitsfindung, wo sowohl die Ideologien der an der Herrschaft Sitzenden wie die der nach der Herrschaft Strebenden gleichermaßen der Kritik ausgesetzt sind, die sie ihrer angemessenen Absolutheitsansprüchen entkleidet. Es gibt hier keine ‚privilegierten‘ Wahrheiten, die einer Kontrolle durch logische Analyse und erfahrungsmäßige Überprüfung entzogen wären«⁴⁹⁾.

⁴⁸⁾ Vgl. die eingangs zitierte Schrift des Verfassers, S. 8 f. und 38 ff.

⁴⁹⁾ Ernst Topitsch, a. a. O., S. 49 f.

VIII. Zusammenfassung und Ergebnis

33. Die Ordinarienuniversität ist nicht mehr in der Lage, den vielfältigen Anforderungen gerecht zu werden, welche die moderne Gesellschaft an die Hochschulen stellen muß. Theoretische und empirische Forschung, Lehre aus der Forschung für die Wissenschaft, Massenausbildung für akademische Berufe, Beratung der Praxis, sachgerechte Information der Öffentlichkeit über wissenschaftliche Fortschritte, das sind so vielfältige Aufgaben, daß sie nur von einem Lehr- und Forschungskörper bewältigt werden können, der breiter und differenzierter als bisher angelegt ist. Das Problem der Demokratisierung der Universitäten kann daher erst von der Studienreform aus richtig gesehen werden. Eine zweckgerechte Demokratisierung muß darin bestehen, daß die Dozenten des erforderlichen Mittelbaus in der Selbstverwaltung die gleichen Rechte wie die Ordinarien erhalten. Gerade dies wird aber bezeichnenderweise in den Reformen unterlassen.

Anstatt mit der Studienreform zu beginnen, lassen sich die Länderparlamente infolge allgemeiner Unsicherheit der Gesetzgeber und infolge falscher Einschätzung der Studentenunruhen zu einer übereilten Reform der Universitätsverfassung drängen, die auf weitgehende Mitbestimmung durch Studenten und Assistenten abzielt. Damit werden die Tore der Universitäten jungen Ideologen geöffnet, die ihre mangelnde Leistungsbereitschaft hinter ihrer angeblichen Verpflichtung, für alles verantwortlich zu sein, verstecken möchten. Jedoch wird man dadurch nicht, wie man hofft, eine Beseitigung der Studentenunruhen erreichen. Man wird die Unruhe vielmehr verewigen.

34. Was für einen Sinn hat es denn, Studenten, die sich nur wenige Jahre an den Hochschulen aufhalten, maßgeblich an der Selbstverwaltung zu beteiligen? Abgesehen von einem gewissen Mitspracherecht bei den Fragen des Studienablaufs muß ihre Beteiligung zu Überforderungen führen: 1. weil Studenten nicht genügend Erfahrung besitzen, 2. weil sie vielfach nicht die Konsequenzen ihrer eigenen Entscheidungen zu tragen haben, 3. weil ihre eigentliche Aufgabe nicht in der Hochschulverwaltung, sondern im eigenen Studium liegt und 4. weil die Zahl der Studentenvertreter, die bereit und in der Lage sind, sich neben ihrem Studium zusätzliche Arbeitslasten aufzubürden, stets begrenzt sein wird. Gerade die letzten beiden Gründe erhöhen die Wahrscheinlichkeit, daß diejenigen, die sich um studentische Ämter bemühen werden, dies besonders häufig aus sachfremden Motiven tun werden.

35. Schon eine »qualifizierte« Beteiligung der Studenten und Assistenten von zusammen mehr als 20 Prozent an den Selbstverwaltungsgremien wird die Hochschule gegenüber allen emotionalen Reaktionen, die von der intellektuellen Jugend ausgehen, anfällig machen. So besteht die Gefahr, daß immer

wieder Ideologen die studentischen Ämter besetzen werden. Solche Studentenmanager werden persönliche Machtpolitik betreiben, aber sich nicht sachgerecht an der Selbstverwaltung beteiligen. Ihnen wird kein ausreichender Widerstand von einem Lehrkörper entgegengestellt werden können, der nach anderen als machtkämpferischen Qualitäten ausgelesen werden muß und dessen Mittelbau in viel geringerem Umfang an der Selbstverwaltung beteiligt ist. Die Universitäten werden damit aufgrund ihrer Autonomie in unserer Gesellschaft zu revolutionären Zellen, in denen der Zeitzünder tickt; und die angeblich fortschrittlichen Universitätsgesetze werden zu Bumerangs, die erst die Universitäten zerstören, um dann auf die Politiker zurückzuschlagen.

36. Wir haben hier nicht die Absicht, uns die Rolle eines Propheten anzumaßen. Es handelt sich vielmehr um die diagnostischen Äußerungen eines Arztes, der seinen Patienten aus einer fast vierzigjährigen kritischen Beobachtung genau kennt. Auch ein solcher Arzt kann selbstverständlich irren.

Optimisten mögen unsere Prognose für abwegig halten. Jedoch sollten alle diejenigen, die für die Entwicklung der Hochschulverhältnisse Verantwortung tragen, wenigstens darüber Klarheit gewonnen haben, daß der in dieser Abhandlung dargestellte Entwicklungsmechanismus Möglichkeiten enthält, die ernst genommen werden müssen. Wir haben ihn zu dem Zwecke aufgezeigt, daß die verantwortlichen Instanzen an den täglichen Ereignissen überprüfen können, ob diese mehr ihre optimistischen Erwartungen oder unsere pessimistische Diagnose und Prognose bestätigen. So erhalten sie vielleicht noch eine späte Chance, das Unglück, das sie selbst eingeleitet haben, rechtzeitig wieder abzuwenden. Wir sind allerdings auch in dieser Hinsicht pessimistisch. Es bleibt uns auch gar nichts anderes übrig, erleben wir doch tagtäglich, daß selbst solche Politiker, die voll und ganz unsere Bedenken teilen, uns auf die Frage, weshalb sie dann für solche Gesetze stimmen, resigniert antworten: Man kann doch nicht gegen den Strom schwimmen! Wir fragen verwundert: Wer ist denn dieser Strom?